

B e r i c h t

über die Prüfung des Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2022
bei der
**HCL Technologies gbs GmbH,
Ratingen**

vom 20. Juli 2023

Inhaltsverzeichnis

Seite

Anlagenverzeichnis	2
Abkürzungsverzeichnis	3
1 Prüfungsauftrag	4
2 Grundsätzliche Feststellungen	4
2.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter	4
2.2 Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Tatsachen	5
2.3 Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	6
3 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	10
3.1 Gegenstand der Prüfung	10
3.2 Art und Umfang der Prüfung	10
4 Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	12
4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	12
4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	12
4.1.2 Jahresabschluss	13
4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses	14
5 Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse	15
5.1 Rechtliche Grundlagen	15
5.2 Darstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse	16
5.2.1 Vermögenslage	16
5.2.2 Finanzlage	17
5.2.3 Ertragslage	18
6 Schlussbemerkung	19

Anlagenverzeichnis

- 1 Anlagen zur Rechnungslegung
 - 1.1 Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022
 - 1.2 Bestätigungsvermerk
- 2 Analyse der wirtschaftlichen Verhältnisse
 - 2.1 Vermögenslage
 - 2.2 Anlagenfinanzierung und Liquiditätskennziffern
 - 2.3 Ertragslage
- 3 Rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen
 - 3.1 Gesellschaftsvertrag
 - 3.2 Organe
 - 3.3 Wesentliche Verträge
- 4 Allgemeine Auftragsbedingungen

Wir haben den Bericht IT-gestützt erstellt. Insbesondere bei der tabellarischen Darstellung von aggregierten Zahlen (z. B. in TEUR) kann es zu marginalen rundungsinduzierten Unplausibilitäten kommen, da den berechneten Werten jeweils genaue ungerundete Daten zugrunde liegen.

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft
apoBank	Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG, Düsseldorf
Atruvia	Atruvia AG (ehemals Fiducia & GAD IT AG), Frankfurt am Main
bzw.	beziehungsweise
DZ BANK	DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main
EUR	Euro
ff.	folgende
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
HCL gbs	HCL Technologies Germany GmbH
HGB	Handelsgesetzbuch
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf
IDW PS	Prüfungsstandard des IDW
i. S. d.	im Sinne des
i. V. m.	in Verbindung mit
IT	Informationstechnologie
n. F.	neue Fassung
Nr.	Nummer
RAP	Rechnungsabgrenzungsposten
TEUR	Tausend Euro
vgl.	vergleiche

1 Prüfungsauftrag

- 1 Die Geschäftsführung der

HCL Technologies gbs GmbH, Ratingen

- im Folgenden "HCL gbs" oder "Gesellschaft" - hat uns mit der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2022 unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2022 beauftragt. Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 17. Oktober 2022 wurden wir zum Abschlussprüfer gewählt.

- 2 Dieser Prüfungsbericht ist an die HCL gbs gerichtet.
- 3 Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Prüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.
- 4 Bei der Berichterstattung haben wir den Prüfungsstandard des IDW „Grundsätze ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten“ (IDW PS 450 n. F.) beachtet.
- 5 Für die Durchführung der Prüfung und unsere Verantwortlichkeit gelten - auch im Verhältnis zu Dritten - die unter dem 7. Dezember / 9. Dezember 2022 getroffene Vereinbarung sowie ergänzend die Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2017. Sie sind als Anlage Allgemeine Auftragsbedingungen beigelegt. Die Haftung für die Prüfung richtet sich nach § 323 HGB.

2 Grundsätzliche Feststellungen

2.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter

- 6 Die Geschäftsführung hat die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft im Jahresabschluss dargestellt. Wegen der Einzelheiten verweisen wir auf die Anlage Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022. Die Geschäftsführung hat als nunmehr kleine Kapitalgesellschaft unter Berücksichtigung des Gesellschafterbeschlusses vom 19. Juni 2023 zulässigerweise auf die Aufstellung eines Lageberichts verzichtet. Wir können als Abschlussprüfer zur Beurteilung der Lage der Gesellschaft durch die Geschäftsführung, wie sie ansonsten im Lagebericht zum Ausdruck käme, nicht nach § 321 Abs. 1 S. 2 HGB Stellung nehmen.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist die Geschäftsführung von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit ausgegangen.

2.2 Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Tatsachen

- 7 Bei der Durchführung unserer Prüfung haben wir folgende berichtspflichtige Tatsachen im Sinne des § 321 Abs. 1 S. 3 HGB festgestellt, welche die Entwicklung der Gesellschaft wesentlich beeinträchtigen oder ihren Bestand gefährden können:
- Die Gesellschaft hat in 2022 einen Jahresfehlbetrag von -1,45 Mio. EUR erzielt. Somit verblieb zum 31. Dezember 2022 ein restliches Eigenkapital von 189 TEUR.
- 8 Daraus ergeben sich nach unserer Einschätzung möglicherweise die nachstehend aufgezeigten wesentlichen Konsequenzen für die Gesellschaft:

Zur Vermeidung der insolvenzrechtlichen Folgen einer drohenden Überschuldung und drohenden Zahlungsunfähigkeit haben die beiden seit 1. Januar 2022 bestehenden Gesellschafter der Gesellschaft, die Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG und die HCL Technologies Germany GmbH mit Datum vom 19. Juli 2023 eine zweite harte Patronatserklärung durch die Gesellschafter mit Gültigkeit bis zum 31. Dezember 2024 unterzeichnet.

Mit dieser Patronatserklärung verpflichten sich beide Gesellschafter ab dem Zeitpunkt der Unterschrift dafür zu sorgen, dass die gbs finanziell so ausgestattet bleibt, dass sie ihre Verpflichtungen gegenüber Dritten pünktlich und vollständig erbringen kann. Diese Erklärung darf auch gegenüber Dritten zur Absicherung von Lieferungen und Leistungen verwendet werden.

Die Entwicklung in den ersten 5 Monaten im Geschäftsjahr 2023 mit rund -1,3 Mio. EUR Fehlbetrag gemäß uns vorgelegter ungeprüfter betriebswirtschaftlicher Auswertung führen zu einem vollständigen Verbrauch des zum 31. Dezember 2022 noch bestehenden Eigenkapitals und zu einer bilanziellen Überschuldung von rd. 1,1 Mio. EUR per 31. Mai 2022. In der Gesellschafterversammlung vom 19. Juni 2023 wurden die Gesellschafter über diese Eigenkapitalsituation informiert und haben die Geschäftsführung aufgefordert, einen Business Plan zu erstellen, mit dem die Ertragswende erreicht werden kann. Außerdem soll die harte Patronatserklärung um ein Jahr verlängert werden. Durch die am 19. Juli 2023 erteilte Patronatserklärung wird die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft bis zum 31. Dezember 2024 gesichert. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die Angaben im Nachtragsbericht des Anhangs. Sollte die Ertragslage sich bis Ende Geschäftsjahr 2024 nicht im erforderlichen Umfang ins Positive wenden, besteht aufgrund der dann ungesicherten Finanzierung und der bilanziellen Überschuldung ein bestandsgefährdendes Risiko und damit eine wesentliche Unsicherheit über die Fortführung des Unternehmens ab dem 1. Januar 2025.

2.3 Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

- 9 Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 (Anlage Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022) der Kapitalgesellschaft unter dem Datum vom 20. Juli 2023 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben wird:

"Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die HCL Technologies gbs GmbH, Ratingen

Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss der HCL Technologies gbs GmbH - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022.

Gemäß § 322 Abs. 3 S. 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt hat.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss zu dienen.

Wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit

Wir verweisen auf die „Allgemeinen Angaben“ im Anhang, in denen die gesetzlichen Vertreter beschreiben, dass die Gesellschafter zur Vermeidung einer Überschuldung eine harte Patronatserklärung abgegeben haben. Da diese Patronatserklärung zeitlich befristet ist, besteht eine wesentliche Unsicherheit, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann und die ein bestandsgefährdendes Risiko im Sinne des § 322 Abs. 2 Satz 3 HGB darstellt.

Unser Prüfungsurteil ist bezüglich dieses Sachverhalts nicht modifiziert.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen."

3 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

3.1 Gegenstand der Prüfung

- 10 Gegenstand der Prüfung gemäß §§ 316 ff. HGB sind die Buchführung und der nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022.
- 11 Die Prüfung des Jahresabschlusses erstreckte sich darauf, ob die deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags in allen wesentlichen Belangen beachtet worden sind.
- 12 Die HCL gbs ist eine kleine Gesellschaft gemäß § 267 Abs. 2 HGB. Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses wurden größenabhängige Erleichterungen in Anspruch genommen.
- 13 Die Geschäftsführung trägt die Verantwortung für die Rechnungslegung, die dazu eingerichteten internen Kontrollen und die dem Abschlussprüfer gemachten Angaben. Unsere Aufgabe war es, diese Unterlagen unter Einbeziehung der Buchführung und die gemachten Angaben im Rahmen einer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.
- 14 Unsere Prüfung erstreckte sich - soweit nichts anderes bestimmt ist - nicht darauf festzustellen, ob der Fortbestand des Unternehmens zugesichert werden kann oder die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung zugesichert werden kann.
- 15 Die Prüfung wurde von uns mit Unterbrechungen in den Monaten Januar bis Juli 2023 vorgenommen.

3.2 Art und Umfang der Prüfung

- 16 Art und Umfang der Prüfung des Jahresabschlusses richteten sich nach §§ 316 ff. HGB und den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung des IDW.
- 17 Die Prüfungsstrategie ist an den Risikofaktoren des zu prüfenden Unternehmens ausgerichtet (risikoorientierter Prüfungsansatz). Zur Beurteilung der Risikofaktoren und zur Festlegung der Prüfungsstrategie haben wir zu Beginn sowie auch kontinuierlich im Verlauf der Prüfung Informationen über das Unternehmen und dessen Umfeld gewonnen. Die Informationsgewinnung erstreckte sich insbesondere auf die Geschäftstätigkeit, die Ziele, Strategien und Geschäftsrisiken, das rechtliche und wirtschaftliche Umfeld, das Rechnungswesen, die angewandten Rechnungslegungsgrundsätze, die Organisation und das Interne Kontrollsystem sowie das System zur Steuerung und Überwachung des wirtschaftlichen Erfolgs.

- 18 Auf Basis dieser Informationen haben wir unter Beachtung der berufsrechtlichen Vorgaben und der Wesentlichkeit ein risikoorientiertes Vorgehen praktiziert.
- 19 Neben den Prüfungshandlungen zur Risikobeurteilung (einschließlich Aufbauprüfungen) und Funktionsprüfungen haben wir aussagebezogene Prüfungshandlungen durchgeführt. Art und Umfang der aussagebezogenen Prüfungshandlungen wurden unter Beachtung der Wesentlichkeit und der Risikobeurteilung sowie den Ergebnissen der Funktionsprüfungen festgelegt.
- 20 Als Prüfungsschwerpunkte wurden von uns die Umsatzrealisation, die Going Concern Prämisse sowie die Vollständigkeit und Bewertung der Rückstellungen identifiziert.
- 21 Zur Erlangung ausreichender und angemessener Prüfungsnachweise, um begründete Schlussfolgerungen zur Bildung von Prüfungsurteilen zu ziehen, wurden Verfahren der bewussten Auswahl bzw. repräsentative Auswahlverfahren verwendet.
- 22 Ausgangspunkt unserer Prüfung war der Jahresabschluss der Gesellschaft zum 31. Dezember 2021, dem wir einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt haben.
- 23 Für den Nachweis der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben wir unter Zugrundelegung geeigneter Auswahlverfahren Bestätigungen Dritter eingeholt.
- 24 Für die Prüfung der Geschäftsbeziehungen zu Kreditinstituten wurden Bankbestätigungen eingeholt.
- 25 Zur Beurteilung von Risiken aus Rechtsstreitigkeiten sowie der steuerlichen Verhältnisse wurden Rechtsanwalts- bzw. eine Steuerberaterbestätigung eingeholt.
- 26 Bei unserer Beurteilung haben wir uns auch auf Prüfungsergebnisse und Untersuchungen Dritter als Sachverständige der gesetzlichen Vertreter (z. B. versicherungsmathematische Gutachten und Berichte externer Prüfer bei Auslagerungsunternehmen) gestützt und diese soweit möglich verwertet.
- 27 Die von der Geschäftsführung unterzeichnete berufsübliche Vollständigkeitserklärung liegt uns vor.
- 28 In der Vollständigkeitserklärung wurde uns versichert, dass in dem vorliegenden Jahresabschluss sämtliche Vermögensgegenstände und Schuldposten enthalten und alle erkennbaren Risiken berücksichtigt sind.
- 29 Die Geschäftsführung und die in der Vollständigkeitserklärung genannten Personen haben die erbetenen Aufklärungen und Nachweise erbracht.

4 Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

- 30 Die Buchführung erfolgt IT-gestützt und war bis zum 31. Dezember 2022 an die Atruvia AG ausgelagert. Die Atruvia AG hat die Buchhaltung in einem Shared Service Center organisiert, das den überwiegenden Teil der Konzernunternehmen betreut. Eingesetzt wird die Standardsoftware SAP ERP ECC (ERP Central Component), die Geschäftsprozesse der Gesellschaft werden mit den Modulen Fi/CO (Finanzbuchhaltung / Controlling), AA (Anlagenbuchhaltung) und SD (Vertrieb) abgewickelt. Die Bereitstellung des SAP-Systems wird durch die Atruvia AG übernommen. Dazu gehören der Betrieb eines Rechenzentrums, die Basisadministration sowie die Aktualisierung, Weiterentwicklung und das Customizing des Systems. In der Verantwortung der Gesellschaft liegt die Überwachung der Schnittstellenverarbeitung.
- 31 Die Organisation des Rechnungswesens der Gesellschaft ist gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen unverändert und entspricht den Anforderungen. Der Produktionsbetrieb des SAP-Systems ist in den Regelbetrieb des Rechenzentrums der Atruvia AG am Standort Karlsruhe eingebunden. Über die Prüfung der Beschreibung des dienstleistungsbezogenen internen Kontrollsystems zur IT-Produktion und Anwendungsentwicklung sowie der Ausgestaltung und Wirksamkeit von Kontrollen hinsichtlich der in der Beschreibung dargestellten Kontrollziele der Atruvia (Prüfung nach IDW PS 951 n. F. Typ 2) für den Zeitraum vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 der Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (EY), Stuttgart, liegt der Prüfungsbericht mit Datum vom 21. Februar 2023 vor. Nach der Beurteilung von EY bezogen auf das dienstleistungsbezogene interne Kontrollsystem ist bzw. sind in allen wesentlichen Belangen
- das eingerichtete dienstleistungsbezogene interne Kontrollsystem für den Zeitraum vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 sachgerecht dargestellt,
 - die dargelegten Kontrollziele angemessen und auf Grundlage geeigneter Kriterien abgeleitet worden,
 - die aufgeführten Kontrollen im Zeitraum vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 eingerichtet und angemessen,
 - die geprüften Kontrollen, d. h. die Kontrollen, welche mit hinreichender Sicherheit gewährleisten, dass die in der Beschreibung genannten Kontrollziele erreicht werden, im Zeitraum vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022, wirksam. Den Schwerpunkt der IT-bezogenen Prüfungshandlungen bildete das durch die Atruvia AG betriebene SAP-System P38.

Die IT-Systemprüfung orientiert sich dabei am Prüfungsstandard IDW PS 330 und hat das Ziel, ein Urteil über die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung zu treffen sowie wesentliche IT-bezogene Risiken zu bewerten, die zu einer Fehlaussage in rechnungslegungsrelevanten Bereichen führen können. Dafür wurden Aufbau und Funktion des durch die Atruvia AG aufgebauten Kontrollsystems geprüft anhand von Konzepten, Prozessdokumentationen, Parametereinstellungen und stichprobenartigen Prüfungen von Administrations- und Entwicklungsprozessen.

- 32 Es ergaben sich keine wesentlichen Feststellungen.
- 33 Die Lohn- und Gehaltsabrechnungen wurden bis zum 31. Dezember 2022 durch die Peras GmbH, Karlsruhe, verarbeitet. Das Modul SAP-HCM (Personalwirtschaft) ist in die Finanzbuchhaltung über Schnittstellen integriert. Unsere Prüfung der Verarbeitungsergebnisse keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass das Programm nicht sachgerecht eingesetzt und die Geschäftsvorfälle nicht richtig verarbeitet werden.
- 34 Die Rechtsbeziehungen zur Atruvia (ehemals Muttergesellschaft) sind durch einen Geschäftsbesorgungsvertrag geregelt. Danach obliegt dieser die technische und organisatorische Abwicklung der Buchführung. Die Verantwortlichkeit für die Buchführung in handels- und steuerrechtlicher Hinsicht verbleibt bei der gbs.
- 35 Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen entsprechen in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags. Die getroffenen Maßnahmen sind geeignet, die Sicherheit und Ordnungsmäßigkeit der IT-gestützten Rechnungslegung zu gewährleisten.
- 36 Bei unserer Prüfungstätigkeit ergaben sich keine Anhaltspunkte, dass das IT-gestützte Rechnungslegungssystem nicht den gesetzlichen Anforderungen, insbesondere den einschlägigen Ordnungsmäßigkeits- und Sicherheitsanforderungen entspricht, um die gesetzlich geforderten Prüfungsaussagen über die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung treffen zu können.
- 37 Die Informationen aus den weiteren geprüften Unterlagen sind in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäß in Buchführung und Jahresabschluss abgebildet.

4.1.2 Jahresabschluss

- 38 Der geprüfte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 ist diesem Bericht als Anlage Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 beigelegt.
- 39 Der Jahresabschluss entspricht in allen wesentlichen Belangen den für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags.

- 40 Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet; die Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften sind in allen wesentlichen Belangen beachtet worden.
- 41 Der Anhang enthält die nach den gesetzlichen Vorgaben erforderlichen Angaben und Erläuterungen.

4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses

- 42 Der Jahresabschluss vermittelt insgesamt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.
- 43 Auf die Bewertungsgrundlagen (Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie wertbestimmende Faktoren) geht die Gesellschaft im Anhang (vgl. Anlage Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022) ein.

5 Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

5.1 Rechtliche Grundlagen

- 44 Die gesellschaftsrechtlichen Grundlagen sind in der Anlage Gesellschaftsvertrag dargestellt.
- 45 Gesellschafter der HCL gbs waren bis zum 31. Dezember 2021 mit einem Anteil von 90 % am Stammkapital die Atruvia AG und mit einem Anteil von 10 % die apoBank.
- 46 Mit Vertrag vom 8. Dezember 2021 (UR-Nr. 508/2021) hat die Atruvia AG ihre Anteile an der gbs - Gesellschaft für Banksysteme GmbH (90%) an die apoBank (hält nun 49%) sowie die HCL Technologies Germany GmbH (hält nun 51%) verkauft. Wirtschaftlicher Stichtag ist der 1.1.2022, 0.00 Uhr.
- 47 Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 6. Juli 2022 wurde der Gesellschaftsvertrag neu gefasst und die Firma von "gbs - Gesellschaft für Banksysteme GmbH" in "HCL Technologies gbs GmbH" geändert sowie der Sitz von Münster nach Ratingen verlegt. Die Änderungen wurden am 29. August 2022 in das Handelsregister eingetragen.
- 48 Zur Besetzung der Geschäftsführung verweisen wir auf den Anhang (vgl. Anlage Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022) sowie die Anlage Organe.
- 49 Hinsichtlich der bestehenden Verträge von besonderer Bedeutung verweisen wir auf die Anlage Wesentliche Verträge.
- 50 Rechtsstreitigkeiten, die sich auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Gesellschaft erheblich auswirken können, liegen nach den erhaltenen Auskünften und unseren Feststellungen nicht vor. Für die absehbaren rechtlichen Risiken aus Insolvenzanfechtung infolge der Insolvenz eines Kunden sind per 31. Dezember 2020 Rückstellungen in Höhe von TEUR 462 gebildet worden, die per 31. Dezember 2021 sowie 31. Dezember 2022 unverändert beibehalten wurden. Ferner wurden auf Forderungen gegen diesen Kunden per 31. Dezember 2020 Einzelwertberichtigungen in Höhe von TEUR 719 gebildet, die per 31. Dezember 2021 sowie 31. Dezember 2022 unverändert beibehalten wurden.

5.2 Darstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse

5.2.1 Vermögenslage

- 51 Zur Darstellung der Vermögenslage verweisen wir auch auf die Anlage Vermögenslage.
- 52 Die Sachanlagen haben sich im Wesentlichen aufgrund der Abschreibungen um 35,9 TEUR reduziert.
- 53 Die Finanzanlagen in Höhe von 57,6 TEUR (Vorjahr: 0,1 TEUR) haben sich aufgrund eines Gründungsstockdarlehens an die Pensionskasse Deutscher Genossenschaften VVaG, Münster, erhöht.
- 54 Die Vorräte haben sich im Wesentlichen aufgrund einer im Vorjahr als Handelsware erworbenen Softwarelizenz um 124,8 TEUR verringert. Zum Bilanzstichtag beinhalten diese im Wesentlichen drei nicht abgeschlossene Projekte.
- 55 Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind im Zusammenhang mit den Forderungen gegen verbundene Unternehmen sowie die Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht aufgrund der geänderten Gesellschafterstruktur zu sehen und haben sich daher insgesamt von 986,5 TEUR auf 1.202,3 TEUR zum Bilanzstichtag erhöht. Der Anstieg hängt mit dem Anstieg der Umsatzerlöse zusammen. Vom Forderungsbestand sind unverändert Einzelwertberichtigungen in Höhe von 719,3 TEUR und eine gegenüber dem Vorjahr um 4,7 TEUR reduzierte Pauschalwertberichtigung von 2 TEUR abgesetzt.
- 56 Die Sonstigen Vermögensgegenstände enthalten insbesondere Steuererstattungsansprüche aus Körperschaftssteuer (66,6 TEUR, Vorjahr: 526,2 TEUR) sowie Ansprüche aus Mietkautionen von unverändert 91,1 TEUR.
- 57 Die liquiden Mittel, die sich um 708,2 TEUR reduziert haben, enthalten im Wesentlichen Kontokorrentguthaben bei der DZ Bank (1.777,8 TEUR), der Deutschen Bank (600,9 TEUR) und der apoBank (1.771,8 TEUR).
- 58 Das Eigenkapital setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2022		31.12.2021		Veränderung	
Gezeichnetes Kapital	100,0	53,0	100,0	6,1	0,0	0,0
Gewinnrücklagen	3.463,7	1.836,5	3.463,7	211,1	0,0	0,0
Bilanzverlust	-3.375,1	-1.789,6	-1.922,7	-117,2	-1.452,4	75,5
Eigenkapital	<u>188,6</u>	<u>99,9</u>	<u>1.641,0</u>	<u>100,0</u>	<u>-1.452,4</u>	-88,5

- 59 Insgesamt ergab sich damit eine Veränderung des Eigenkapitals um -1.452 TEUR bzw. -88,5 % auf 189 TEUR. Unter Berücksichtigung der Erhöhung der Bilanzsumme führte dies zu einer deutlichen Verringerung der Eigenkapitalquote um 20,7 %-Punkte auf 3,3 %.
- 60 Aus § 253 Abs. 6 HGB ergab sich eine Ausschüttungssperre in Höhe von 107,3 TEUR.
- 61 Die Pensionsrückstellungen betrafen 40 Anwartschaften, davon 21 unverfallbare Anwartschaften ausgeschiedener Mitarbeiter, und 5 Leistungsempfänger. Die Veränderung resultiert insbesondere aus Zinsänderungs- und Aufzinsungseffekten.
- 62 Die Sonstigen Rückstellungen berücksichtigten insbesondere Personalrückstellungen mit 890,9 TEUR (Vj: 990,4 TEUR) sowie Rückstellungen für rechtliche Risiken unverändert mit 462 TEUR. Die Rückstellungen für Garantie sind mit 42,0 TEUR aufgrund des gestiegenen Umsatzes deutlich angestiegen (Vj: 26,0 TEUR).
- 63 Die erhaltenen Anzahlungen in Höhe von 88,5 TEUR (Vorjahr: 98,1 TEUR) betreffen im Wesentlichen drei nicht abgeschlossene Projektarbeiten.
- 64 Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich stichtagsbedingt um 271,4 TEUR auf 499,5 TEUR.
- 65 Die Sonstigen Verbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen mit 223,3 TEUR im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Steuern (Vorjahr: 78,5 TEUR).

5.2.2 Finanzlage

- 66 Der Anteil des Fremdkapitals von 5.575,8 TEUR (Vorjahr: 5.187,2 TEUR) an der Bilanzsumme belief sich zum Bilanzstichtag auf 96,7 % (Vorjahr: 76,0 %). Ursächlich für den Anstieg der Fremdkapitalquote ist insbesondere der Rückgang des Eigenkapitals aufgrund des erzielten Jahresfehlbetrags.
- 67 Die Fremdkapitalstruktur ist wie im Vorjahr maßgeblich durch Rückstellungen (4.760,8 TEUR, Vorjahr: 4.749,8 TEUR) geprägt.
- 68 Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgt maßgeblich durch Rückstellungen sowie Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen.
- 69 Die Gesellschaft verfügte zum Bilanzstichtag über liquide Mittel in Höhe von 4.150,5 TEUR (Vorjahr: TEUR 4.858,7).
- 70 Die Zahlungsfähigkeit war im Prüfungszeitraum aufgrund der Patronatserklärung gegeben.

5.2.3 Ertragslage

71 Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich im letzten Geschäftsjahr folgende Entwicklung:

	2022		2021		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	6.336,5	100,0	4.416,4	100,0	1.920,1	43,5
Bestandsveränderung	10,2	0,2	7,5	0,2	2,7	36,0
Materialaufwand	1.263,8	19,9	951,2	21,5	312,6	32,9
Rohertrag	5.082,9	80,3	3.472,7	78,7	1.610,2	46,4
Sonstige betriebliche Erträge	153,6	2,4	168,9	3,8	-15,3	-9,1
Personalaufwand	5.484,4	86,6	6.363,7	144,1	-879,3	-13,8
Abschreibungen	82,2	1,3	81,0	1,8	1,2	1,5
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.082,2	17,1	1.008,7	22,8	73,5	7,3
Betriebsergebnis	-1.412,3	22,3	-3.811,8	86,2	2.399,5	-62,9
Zinsergebnis	12,9	0,2	1,6	0,1	11,3	706,3
Ergebnis vor Steuern	-1.399,4	22,1	-3.810,2	86,1	2.410,8	-63,3
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	47,4	0,7	-381,0	8,6	428,4	-112,4
Sonstige Steuern	5,6	0,1	1,2	0,0	4,4	366,7
Jahresergebnis	-1.452,4	22,9	-3.430,4	77,5	1.978,0	-57,7

- 72 Die Umsatzerlöse haben sich gegenüber dem Vorjahr um 1.920,1 TEUR bzw. 43,5 % erhöht. Grund für den Anstieg waren im Wesentlichen mehr Geschäfte mit den Gesellschaftern.
- 73 Analog zur Entwicklung der Umsatzerlöse ist der Materialaufwand um 312,6 TEUR bzw. 32,9 % gestiegen.
- 74 Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 153,6 TEUR (Vorjahr: 168,9 TEUR) beinhalten im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (106,2 TEUR) und periodenfremde Erträge (42,5 TEUR).
- 75 Der Personalaufwand verringerte sich um -879,3 TEUR bzw. -13,8 %. Die Veränderung resultierte maßgeblich aus dem Rückgang an Personal.
- 76 Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 1.082,4 TEUR enthalten insbesondere Aufwendungen für Gebäude- und Energiekosten (309,5 TEUR; Vorjahr: 286,2 TEUR), Personalnebenkosten (198,9 TEUR; Vorjahr: 205,7 TEUR) sowie Bürokosten (97,4 TEUR; Vorjahr: 99,2 TEUR).
- 77 Insgesamt ergab sich ein Jahresergebnis in Höhe von -1.452,4 TEUR, das sich insbesondere aufgrund der um 1.920,1 TEUR gestiegenen Umsatzerlöse sowie der um 879,3 TEUR gesunkenen Personalaufwendungen um 1.978,0 TEUR gegenüber dem Vorjahr verbessert hat.

6 Schlussbemerkung

- 78 Den vorstehenden Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2022 der HCL Technologies gbs GmbH, Ratingen, erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten (IDW PS 450 n. F.).
- 79 Der von uns erteilte Bestätigungsvermerk ist im Berichtsabschnitt Wiedergabe des Bestätigungsvermerks enthalten.
- 80 Neu-Isenburg, 20. Juli 2023

AWADO GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Krohn
Wirtschaftsprüfer

Neupel
Wirtschaftsprüfer

HCL Technologies gbs GmbH
(früher: gbs - Gesellschaft für Banksysteme GmbH)

Jahresabschluss 2022

Bilanz

Gewinn- und Verlustrechnung

Anhang

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2022

		Aktiva
	31.12.2022	31.12.2021
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Software sowie Lizenzen		
an solchen Rechten und Werten	5.052,00	10.566,00
II. Sachanlagen		
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	62.170,00	98.070,00
III. Finanzanlagen		
Sonstige Ausleihungen	57.550,00	50,00
Anlagevermögen insgesamt	124.772,00	108.686,00
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Unfertige Leistungen	48.908,00	38.673,00
2. Waren	-	135.000,00
	48.908,00	173.673,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	472.741,81	932.929,51
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	151.616,69	-
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	577.916,66	53.651,15
4. Sonstige Vermögensgegenstände	172.015,67	658.696,29
	1.374.290,83	1.645.276,95
III. Guthaben bei Kreditinstituten	4.150.539,43	4.858.728,78
Umlaufvermögen insgesamt	5.573.738,26	6.677.678,73
C. Rechnungsabgrenzungsposten	65.892,30	41.865,64
Summe der Aktiva	5.764.402,56	6.828.230,37

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2022

			Passiva
			31.12.2021
			EUR
			31.12.2022
			EUR
			EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	100.000,00		100.000,00
II. Gewinnrücklagen			
Andere Gewinnrücklagen	3.463.654,53		3.463.654,53
III. Verlustvortrag (i.Vj. Gewinnvortrag)	-1.922.711,34		1.507.734,02
IV. Jahresfehlbetrag	-1.452.380,88		-3.430.445,36
Eigenkapital insgesamt	188.562,31		1.640.943,19
B. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	3.196.995,00		3.094.179,00
2. Steuerrückstellungen	86.197,82		77.512,81
3. Sonstige Rückstellungen	1.477.588,36		1.578.143,27
	4.760.781,18		4.749.835,08
C. Verbindlichkeiten			
1. Erhaltene Anzahlungen	88.495,40		98.101,08
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	499.525,44		228.104,76
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	-		16.374,54
4. Sonstige Verbindlichkeiten	227.038,23		79.809,97
davon aus Steuern	223.253,59		78.525,81
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	-		1.239,16
	815.059,07		422.390,35
D. Rechnungsabgrenzungsposten	-		15.061,75
Summe der Passiva	5.764.402,56		6.828.230,37

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom

1. Januar bis zum 31. Dezember 2022

	2022		2021
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse		6.336.493,27	4.416.430,23
2. Erhöhung des Bestands an unfertigen Leistungen		10.235,00	7.520,00
3. Sonstige betriebliche Erträge		153.636,59	168.929,10
		6.500.364,86	4.592.879,33
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für bezogene Waren		585.599,00	11.031,42
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		678.166,74	940.162,84
		1.263.765,74	951.194,26
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter		4.709.094,77	5.387.891,78
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung		775.306,85	975.799,57
	129.068,52		(222.774,99)
		5.484.401,62	6.363.691,35
6. Abschreibungen			
auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		82.251,71	80.965,11
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		1.082.355,67	1.008.801,35
		1.164.607,38	1.089.766,46
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		71.624,83	69.852,32
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		58.658,00	68.304,66
		12.966,83	1.547,66
10. Steuern (i.Vj. Steuererstattungen) vom Einkommen und vom Ertrag		47.374,01	-380.984,56
11. Ergebnis nach Steuern		-1.446.817,06	-3.429.240,52
12. Sonstige Steuern		5.563,82	1.204,84
13. Jahresfehlbetrag		-1.452.380,88	-3.430.445,36

Anhang

Allgemeine Angaben

Die HCL Technologies gbs GmbH (früher: gbs - Gesellschaft für Banksysteme GmbH) mit Sitz in Ratingen ist eine kleine Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 2 HGB.

Die Gesellschaft wird beim Amtsgericht Düsseldorf unter der Nummer HRB 98410 geführt.

Mit Vertrag vom 8. Dezember 2021 hat die Atruvia AG ihre Anteile an der gbs – Gesellschaft für Banksysteme GmbH (90 %) an die Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG (hält nun 49 %) und die HCL Technologies Germany GmbH (hält nun 51 %) verkauft. Wirtschaftlicher Stichtag war der 1. Januar 2022, 0.00 Uhr. Im Zuge dieser Verkaufstransaktion wurde der Name der Gesellschaft auf HCL Technologies gbs GmbH geändert.

Mit Eintragung im Handelsregister Düsseldorf vom 29. August 2022 wurde der Sitz der Gesellschaft nach Ratingen verlegt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB gegliedert.

Sofern Angaben zu Abschlussposten wahlweise in der Bilanz bzw. der Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang gemacht werden können, erfolgen diese Angaben im Anhang. Die größenabhängigen Erleichterungen des § 288 HGB werden zum Teil in Anspruch genommen.

Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die entgeltlich erworbenen **Immateriellen Vermögensgegenstände** werden mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen über die voraussichtliche Nutzungsdauer von 3 Jahren angesetzt.

Die Gegenstände des **Sachanlagevermögens** sind mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen über die voraussichtliche Nutzungsdauer von 3 bis 5 Jahren angesetzt.

Die **Finanzanlagen** werden mit den Anschaffungskosten angesetzt.

Die **Vorräte** werden mit Herstellungskosten bzw. Anschaffungskosten bewertet. Die zum Bilanzstichtag angesetzten Herstellungskosten umfassen die Einzelkosten sowie die zurechenbaren Gemeinkosten.

Die **Forderungen** und **Sonstigen Vermögensgegenstände** werden zum Nennwert angesetzt. Erkennbaren Risiken im Forderungsbestand wird durch Bildung von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen.

Der Bilanzansatz der **Liquiden Mittel** entspricht dem Nennwert.

Die **Pensionsrückstellungen** werden auf der Grundlage von versicherungsmathematischen Berechnungen auf Basis der Richttafeln 2018 G (Prof. Dr. Heubeck) nach der PUC-Methode bewertet. Der Rechnungszins (1,78 %) wird gemäß § 253 Abs. 2 S. 2 HGB nach der Vereinfachungsregel ermittelt. Ferner wird ein Gehaltstrend von 2 % und ein Rententrend von 2,00 % berücksichtigt.

Die Rückstellungen für Pensionen in Höhe von 3.197 TEUR liegen um 107 TEUR (Unterschiedsbetrag) unter dem Bewertungsansatz für Pensionsrückstellungen, der sich zum 31. Dezember 2022 bei Anwendung des 7-Jahres-Durchschnittszinssatzes ergeben hätte. Dieser Unterschiedsbetrag von 107 TEUR (Vj. 172 TEUR) unterliegt gemäß § 253 Abs. 6 HGB einer Ausschüttungssperre. Die freien Rücklagen der Gesellschaft liegen zum Stichtag über dem Unterschiedsbetrag.

Die **Jubiläumsrückstellungen** werden nach der PUC-Methode unter Berücksichtigung eines Gehaltstrends von 2 % und der betriebsüblichen Fluktuation bewertet. Der Zinssatz von 1,35 % ist gemäß § 253 Abs. 2 S. 2 HGB nach der Vereinfachungsregel ermittelt worden.

Die **übrigen Rückstellungen** werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags passiviert. Bei Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden künftige Preis- und Kostensteigerungen berücksichtigt und eine Abzinsung auf den Bilanzstichtag vorgenommen.

Die **Verbindlichkeiten** sind mit ihrem Erfüllungsbetrag ausgewiesen.

Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

- Bilanz

In den sonstigen Ausleihungen ist ein Gründungsstockdarlehen an eine Pensionskasse ausgewiesen, das mit dem Nominalwert in Höhe von 58 TEUR angesetzt ist. Aufgrund der bestehenden und zu erwartenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist trotz ihrer Unverzinslichkeit auf die Abwertung der Darlehen auf einen niedrigeren beizulegenden Wert verzichtet worden, da von einer Rückzahlung zum Nennwert ausgegangen werden kann. Bei einer Abwertung im Geschäftsjahr hätte sich ein beizulegender Wert von 36 TEUR ergeben.

Die **Forderungen** sind, wie im Vorjahr, innerhalb einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr fällig.

Die im Zusammenhang mit einem laufenden Insolvenzverfahren bei einem Kunden im Vorjahr gebildeten **Einzelwertberichtigungen** in Höhe von 719 TEUR blieben unverändert. Darüber hinaus wurde dem allgemeinen Ausfallrisiko durch die Bildung einer **Pauschalwertberichtigung** in Höhe von 2 TEUR Rechnung getragen.

Die **Forderungen gegen verbundene Unternehmen** von 152 TEUR (Vorjahr 0 TEUR) betreffen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegenüber einer Gesellschafterin.

Die **Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, betreffen mit 578 TEUR (Vorjahr 54 TEUR) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und bestehen gegenüber einer Gesellschafterin.

Im Geschäftsjahr waren unter den **sonstigen Vermögensgegenstände** keine antizipativen Posten enthalten (Vorjahr 19 TEUR).

Die **Guthaben bei Kreditinstituten** beinhalten mit 1.772 TEUR (Vorjahr 1.720 TEUR) Forderungen gegen Gesellschafter.

Der **Bilanzverlust** zum 31. Dezember 2021 wurde auf neue Rechnung vorgetragen.

Die **Sonstigen Rückstellungen** entfallen im Wesentlichen auf:

	TEUR
- nicht genommener Urlaub und Überstunden	295
- Jahresabschlussvergütung	5
- Variable Vergütung	500
- Jubiläumsverpflichtung	71
- Garantie/Gewährleistung	42
- Rechtliche Risiken	462
- fehlende Rechnungen	35

Die Angaben zu den Restlaufzeiten der **Verbindlichkeiten** sind in dem folgenden Verbindlichkeitspiegel dargestellt:

	31.12.2022 in TEUR (31.12.2021)	Restlaufzeit bis 1 Jahr in TEUR	Restlaufzeit über 1 Jahr in TEUR	Davon über 5 Jahre in TEUR
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	88 (98)	88 (98)	0 (0)	0 (0)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	500 (228)	500 (228)	0 (0)	0 (0)
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0 (16)	0 (16)	0 (0)	0 (0)
sonstige Verbindlichkeiten	227 (80)	227 (80)	0 (0)	0 (0)
Summe	815 (422)	815 (422)	0 (0)	0 (0)

In den **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** von 500 TEUR (Vorjahr 228 TEUR) sind Beträge gegenüber einer Gesellschafterin von 189 TEUR (Vorjahr 0 TEUR) enthalten.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzlage der gbs GmbH von Bedeutung sind, bestehen in Höhe von ca. 642 TEUR und betreffen im Wesentlichen Serviceverträge und Mietverpflichtungen. Der Zweck und Vorteil der Mietverträge liegt vor allem in der niedrigeren Kapitalbindung gegenüber dem Erwerb.

- Gewinn- und Verlustrechnung

In den **sonstigen betrieblichen Erträgen** sind periodenfremde Erträge von 43 TEUR und Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen von 106 TEUR enthalten.

In den **Zinsen und ähnlichen Aufwendungen** sind Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen von 57 TEUR (Vorjahr 68 TEUR) enthalten.

Nachtragsbericht

Aufgrund einer möglichen Überschuldung zum 31. Dezember 2022 haben die beiden ab 1. Januar 2022 übernehmenden Gesellschafter mit Datum vom 01.07.2022 eine sog. harte Patronatserklärung unterschrieben, die bis zum 31.12.2023 gültig ist. Mit Datum vom 14. Juni 2023 wurde eine zweite harte Patronatserklärung durch die Gesellschafter mit Gültigkeit bis zum 31. Dezember 2024 unterzeichnet.

Sonstige Angaben

Die durchschnittliche Zahl der 2022 beschäftigten Arbeitnehmer (alles Angestellte) betrug 44,5 (Vorjahr 48,8) Personen.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gem. § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Zum 31. März 2023 stellt die HCL Technologies India Ltd., Neu-Dehli / Indien, für den größten Kreis der verbundenen Unternehmen einen Konzernabschluss auf, in den unsere Gesellschaft eingebunden ist. Der Abschluss ist am Sitz dieser Gesellschaft erhältlich. Für den kleinsten Kreis der verbundenen Unternehmen wird von der HCL Technologies Germany GmbH aufgrund Unterschreitung der Größenkriterien des § 293 HGB verzichtet.

Geschäftsführer der HCL Technologies gbs GmbH sind Herr Rainer Erich Backes (bis 6. April 2022), Herr Nils Köhler (bis 5. Juni 2023) und Burkhard Kintscher (seit 15. März 2023). Als weiterer Geschäftsführer wurde am 17. Oktober 2022 Herr Bejoy J. George bestellt. Beide Geschäftsführer üben ihre Tätigkeit hauptberuflich aus.

Die Geschäftsführung schlägt der Gesellschafterversammlung vor, den Bilanzverlust des Geschäftsjahres von –3.375.092,22 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.

Ratingen, 29. Juni 2023

Kintscher

George

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die HCL Technologies gbs GmbH, Ratingen

Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss der HCL Technologies gbs GmbH - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022.

Gemäß § 322 Abs. 3 S. 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt hat.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss zu dienen.

Wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit

Wir verweisen auf die „Allgemeinen Angaben“ im Anhang, in denen die gesetzlichen Vertreter beschreiben, dass die Gesellschafter zur Vermeidung einer Überschuldung eine harte Patronatserklärung abgegeben haben. Da diese Patronatserklärung zeitlich befristet ist, besteht eine wesentliche Unsicherheit, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann und die ein bestandsgefährdendes Risiko im Sinne des § 322 Abs. 2 Satz 3 HGB darstellt.

Unser Prüfungsurteil ist bezüglich dieses Sachverhalts nicht modifiziert.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Neu-Isenburg, 20. Juli 2023

AWADO GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Krohn

Wirtschaftsprüfer

Neupel

Wirtschaftsprüfer

Vermögenslage

	31.12.2022		31.12.2021		31.12.2020	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
AKTIVA						
Immaterielle Vermögensgegenstände	5,1	0,1	10,6	0,2	9,8	0,1
Sachanlagen	62,2	1,1	98,1	1,4	171,4	1,7
Finanzanlagen	57,6	1,0	0,1	0,0	0,1	0,0
Anlagevermögen	<u>124,9</u>	<u>2,2</u>	<u>108,8</u>	<u>1,6</u>	<u>181,3</u>	<u>1,8</u>
Vorräte	48,9	0,8	173,7	2,5	31,2	0,3
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	472,7	8,2	932,9	13,7	938,5	9,1
Forderungen gegen verbundene und Beteiligungsunternehmen	729,5	12,7	53,6	0,8	110,3	1,1
Sonstige Vermögensgegenstände	172,0	3,0	658,7	9,6	555,0	5,4
Liquide Mittel	<u>4.150,5</u>	<u>72,0</u>	<u>4.858,7</u>	<u>71,2</u>	<u>8.410,9</u>	<u>81,9</u>
Umlaufvermögen	<u>5.573,6</u>	<u>96,7</u>	<u>6.677,6</u>	<u>97,8</u>	<u>10.045,9</u>	<u>97,8</u>
Rechnungsabgrenzungsposten	65,9	1,1	41,8	0,6	41,6	0,4
Umlaufvermögen und RAP	<u>5.639,5</u>	<u>97,8</u>	<u>6.719,4</u>	<u>98,4</u>	<u>10.087,5</u>	<u>98,2</u>
Bilanzsumme	<u>5.764,4</u>	<u>100,0</u>	<u>6.828,2</u>	<u>100,0</u>	<u>10.268,8</u>	<u>100,0</u>
PASSIVA						
Gezeichnetes Kapital	100,0	1,7	100,0	1,5	100,0	1,0
Rücklagen	3.463,7	60,1	3.463,7	50,7	3.463,7	33,7
Bilanzverlust	<u>-3.375,1</u>	<u>-58,6</u>	<u>-1.922,7</u>	<u>-28,2</u>	<u>1.507,7</u>	<u>14,7</u>
Eigenkapital	<u>188,6</u>	<u>3,2</u>	<u>1.641,0</u>	<u>24,0</u>	<u>5.071,4</u>	<u>49,4</u>
Pensionsrückstellungen	3.197,0	55,5	3.094,2	45,3	2.936,8	28,6
Andere Rückstellungen	<u>1.563,8</u>	<u>27,1</u>	<u>1.655,7</u>	<u>24,2</u>	<u>1.854,0</u>	<u>18,1</u>
Rückstellungen	<u>4.760,8</u>	<u>82,6</u>	<u>4.749,9</u>	<u>69,5</u>	<u>4.790,8</u>	<u>46,7</u>
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	499,5	8,7	228,1	3,3	113,2	1,1
Verbindlichkeiten gegenüber verbundene und Beteiligungsunternehmen	0,0	0,0	16,4	0,2	33,9	0,3
Sonstige Verbindlichkeiten, Anzahlungen	<u>315,5</u>	<u>5,5</u>	<u>177,7</u>	<u>2,6</u>	<u>259,5</u>	<u>2,5</u>
Verbindlichkeiten	<u>815,0</u>	<u>14,2</u>	<u>422,2</u>	<u>6,1</u>	<u>406,6</u>	<u>4,0</u>
Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	15,1	0,2	0,0	0,0
Verbindlichkeiten und RAP	<u>815,0</u>	<u>14,2</u>	<u>437,3</u>	<u>6,3</u>	<u>406,6</u>	<u>4,0</u>
Bilanzsumme	<u>5.764,4</u>	<u>100,0</u>	<u>6.828,2</u>	<u>100,0</u>	<u>10.268,8</u>	<u>100,0</u>

Anlagenfinanzierung und Liquiditätskennziffern

	31.12.2022		31.12.2021		31.12.2020	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
1. Anlagenfinanzierung						
Anlagevermögen	<u>124,8</u>	<u>100,0</u>	<u>108,7</u>	<u>100,0</u>	<u>181,2</u>	<u>100,0</u>
Bilanzielles Eigenkapital	<u>188,6</u>		<u>1.640,9</u>		<u>5.071,4</u>	
= wirtschaftl. Eigenkapital	<u>188,6</u>	<u>151,1</u>	<u>1.640,9</u>	<u>1.509,6</u>	<u>5.071,4</u>	<u>2.798,8</u>
+ langfr. Rückstellungen	<u>3.197,0</u>		<u>3.094,2</u>		<u>2.936,8</u>	
+ langfristige Verbindlichkeiten ¹⁾						
= langfristiges Kapital	<u>3.385,6</u>	<u>2.712,8</u>	<u>4.735,1</u>	<u>4.356,1</u>	<u>8.008,2</u>	<u>4.419,5</u>
+ mittelfristige Verbindlichkeiten ²⁾						
= lang- u. mittelfristiges Kapital	<u>3.385,6</u>	<u>2.712,8</u>	<u>4.735,1</u>	<u>4.356,1</u>	<u>8.008,2</u>	<u>4.419,5</u>
Über- / Unterdeckung	<u>3.260,8</u>	<u>2.612,8</u>	<u>4.626,4</u>	<u>4.256,1</u>	<u>7.827,0</u>	<u>4.319,5</u>
2. Liquiditätskennziffern						
Finanzmittelfonds ⁴⁾	4.150,5		4.858,7		8.410,9	
+ kurzfristige Forderungen ⁵⁾	<u>1.374,3</u>		<u>1.645,3</u>		<u>1.603,8</u>	
zusammen	5.524,8		6.504,0		10.014,7	
./. kurzfr. Verbindlichkeiten und Rückstellungen ³⁾	<u>2.378,8</u>		<u>2.078,0</u>		<u>2.260,6</u>	
Liquidität 2. Grades	<u>3.146,0</u>	<u>232,3</u>	<u>4.426,0</u>	<u>313,0</u>	<u>7.754,1</u>	<u>443,0</u>
Finanzmittelfonds ⁴⁾	4.150,5		4.858,7		8.410,9	
+ kurzfr. Forderungen ⁵⁾	1.374,3		1.645,3		1.603,8	
+ Vorräte ⁵⁾	<u>48,9</u>		<u>173,7</u>		<u>31,2</u>	
zusammen	5.573,7		6.677,7		10.045,9	
./. kurzfr. Verbindlichkeiten und Rückstellungen ³⁾	<u>2.378,8</u>		<u>2.078,0</u>		<u>2.260,6</u>	
Liquidität 3. Grades	<u>3.194,9</u>	<u>234,3</u>	<u>4.599,7</u>	<u>321,4</u>	<u>7.785,3</u>	<u>444,4</u>

1) langfristig = Restlaufzeit über 5 Jahre

2) mittelfristig = Restlaufzeit 1 - 5 Jahre

3) kurzfristig = Restlaufzeit bis 1 Jahr

4) liquide Mittel und Wertpapiere des Umlaufvermögens,
sofern sie eine Restlaufzeit von höchstens drei Monaten haben

5) vor Abzug versteuerter Wertberichtigungen

Ertragslage

	2022		2021		2020	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	6.336,5	99,8	4.416,4	99,8	12.734,0	102,4
Bestandsveränderungen	<u>10,2</u>	<u>0,2</u>	<u>7,5</u>	<u>0,2</u>	<u>-295,1</u>	<u>-2,4</u>
Gesamtleistung	6.346,7	100,0	4.423,9	100,0	12.438,9	100,0
Materialeinsatz	<u>-1.263,8</u>	<u>19,9</u>	<u>-951,2</u>	<u>21,5</u>	<u>-790,0</u>	<u>6,4</u>
Rohhertrag	5.082,9	80,1	3.472,7	78,5	11.648,9	93,6
Sonstige ordentliche betriebliche Erträge	<u>4,8</u>	<u>0,1</u>	<u>3,1</u>	<u>0,1</u>	<u>82,5</u>	<u>0,7</u>
Ordentliche betriebliche Erträge	5.087,7	80,2	3.475,8	78,6	11.731,4	94,3
Personalaufwand	-5.484,4	86,4	-6.312,7	142,7	-7.099,7	57,1
Planmäßige Abschreibungen auf Anlagevermögen	-82,3	1,3	-81,0	1,8	-103,9	0,8
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.066,1	16,8	-1.003,2	22,7	-1.908,5	15,3
Betriebssteuern	<u>-5,6</u>	<u>0,1</u>	<u>-1,2</u>	<u>0,0</u>	<u>-0,9</u>	<u>0,0</u>
Ordentliche betriebliche Aufwendungen	-6.638,4	104,6	-7.398,1	167,2	-9.113,0	73,3
Betriebsergebnis	-1.550,7	24,4	-3.922,3	88,7	2.618,4	21,1
Zinsen und ähnliche Erträge	71,6	1,1	69,9	1,6	69,4	0,6
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>-58,6</u>	<u>0,9</u>	<u>-68,3</u>	<u>1,5</u>	<u>-75,8</u>	<u>0,6</u>
Finanzergebnis	13,0	0,2	1,6	0,0	-6,4	0,1
Ergebnis aus Forderungsbewertung	0,0	0,0	0,0	0,0	-726,0	5,8
Erträge von außergewöhnlicher Bedeutung und periodenfremde Erträge	148,8	2,3	165,9	3,8	360,8	2,9
Aufwendungen von außergewöhnlicher Bedeutung und periodenfremde Aufwendungen	<u>-16,1</u>	<u>0,3</u>	<u>-56,6</u>	<u>1,3</u>	<u>0,0</u>	<u>0,0</u>
Neutrales Ergebnis	132,7	2,1	109,3	2,5	-365,2	2,9
Ergebnis vor Ertragsteuern	-1.405,0	22,1	-3.811,4	86,2	2.246,8	18,1
Ertragsteuern	<u>-47,4</u>	<u>0,7</u>	<u>381,0</u>	<u>8,6</u>	<u>-739,1</u>	<u>5,9</u>
Jahresergebnis	-1.452,4	22,9	-3.430,4	77,5	1.507,7	12,1

Gesellschaftsvertrag

Firma	HCL Technologies gbs GmbH
Sitz:	Ratingen
Amtsgericht, Registernummer:	Düsseldorf, HRB 98410
Gründungsjahr:	2005
Gesellschaftsvertrag gültig in der Fassung vom	6. Juli 2022
letzte Änderung vom	30. März 2023
im Handelsregister eingetragen am	31. März 2023
Inhalt der Änderung:	Rückänderung § 8 Geschäftsjahr
Geschäftsjahr:	Kalenderjahr
Unternehmensgegenstand:	Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftervertrags die Entwicklung, die Herstellung und der Vertrieb von Erzeugnissen und der Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Informationstechnologie. Gegenstand des Unternehmens ist auch die Personalüberlassung im Rahmen der oben genannten Gebiete.
Gesellschafteranteile:	Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt gemäß § 3 des Gesellschaftsvertrages 100.000,00 EUR. Gesellschafterin ist die HCL Technologies Germany GmbH (51 %) und die Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG (49 %).

Organe

Gesellschafterversammlungen

- außerordentliche

Datum:	29. Juni 2022
besondere Beschlüsse:	Neufassung Gesellschaftsvertrag mit Änderung von Firma und Sitz sowie abwei- chendem Geschäftsjahr 1. April.-31. März, Gründung Beirat (kein Überwachungsorgan), Geschäftsordnung für Beirat und Geschäftsführung mit Katalog zustimmungs- pflichtiger Geschäfte

- ordentliche

Datum:	17. Oktober 2022
Beschlüsse:	
Feststellung des Jahresabschlusses:	erfolgte für das Geschäftsjahr 2021
Gewinnverwendung:	Vortrag auf neue Rechnung: - 3.430.445,36 EUR. - Vortrag Jahresfehlbetrag auf neue Rechnung.
Entlastung des Geschäftsführung:	erfolgte für das Geschäftsjahr 2021
weitere wesentliche Beschlüsse:	- Wahl des Abschlussprüfers - Bestellung von Herrn Bejoy George zum Geschäftsführer

- außerordentliche

Datum:	20. Oktober 2022
besondere Beschlüsse:	Erweiterung Beirat (kein Überwachungsorgan) sowie Bestätigung Geschäftsordnung für Beirat und Geschäftsführung mit Katalog zustim- mungspflichtiger Geschäfte

- außerordentliche

Datum:	15. März 2023
besondere Beschlüsse:	Bestellung von Herrn Burkhard Kintscher zum Geschäftsführer

- außerordentliche

Datum	30. März 2023
besondere Beschlüsse	Rückänderung Geschäftsjahr auf das Kalenderjahr

- außerordentliche

Datum	3. Mai 2023
besondere Beschlüsse	Abberufung von Herrn Nils Köhler als Geschäftsführer

- außerordentliche

- Datum: 19. Juni 2023
- besondere Beschlüsse:
- Geschäftsführung erstellt Business Plan mit Maßnahmen zur Erreichung der Ertragswende,
 - Verzicht auf Aufstellung Lagebericht

Geschäftsführer

Burkhard Kintscher
George, Bejoy
Köhler, Nils
Backes, Rainer Erich

Beirat (seit 19.10.2022)

Sudip Lahiri (Vorsitzender)
Raghu Raman Lakashmanan
Prasad RA
Johannes Kermer
Andreas Teischl

Am 6. April 2022 ist Herr Rainer Erich Backes als Geschäftsführer ausgeschieden.
Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 6. April 2022.

Am 17. Oktober 2022 wurde Herr Bejoy George als Geschäftsführer der Gesellschaft bestellt. Er ist einzelvertretungsberechtigt. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 23. November 2022.

Am 5. Juni 2023 ist Herr Nils Köhler als Geschäftsführer ausgeschieden.
Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 6. Juni 2023.

Am 15. März 2023 wurde Herr Burkhard Kintscher als Geschäftsführer der Gesellschaft bestellt. Er ist einzelvertretungsberechtigt. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 6. Juni 2023.

Geschäftsordnung für die Geschäftsführung
erlassen am 20. Oktober 2023

Geschäftsordnung für den Beirat
erlassen am 20. Oktober 2023

Wesentliche Verträge

Die Gesellschaft hat mit der Atruvia AG einen Rahmenvertrag über die interne Zusammenarbeit geschlossen. Der Vertrag regelt den Austausch von Lieferungen und Leistungen der beiden Unternehmen für die eigenen Zwecke im internen Verhältnis, wie Buchführung, Jahresabschlusserstellung und IT-Dienstleistungen. In diesem Zusammenhang ist auch die Personalabrechnung auf eine Tochtergesellschaft der Atruvia ausgelagert. Der Vertrag hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2022.

Mit Vertrag vom 3. Februar 2012 vereinbarte die gbs mit der apoBank die rückwirkende Übertragung von Versorgungsverpflichtungen sowie noch nicht unverfallbarer Anwartschaften zum 1. Oktober 2011 (Übertragungsstichtag). Auf Basis des Gutachtens zur Wertermittlung vom 28. Dezember 2011 ergab sich eine einmaliger Übertragungswert zum Übertragungsstichtag in Höhe von 841 TEUR. Die apoBank verpflichtete sich, den Übertragungswert unbefristet mit 5,16 % zu verzinsen. Soweit die apoBank aus den Versorgungszusagen von Dritten wirksam in Anspruch genommen wird, ist der Übertragungswert für die Person inklusive der Zinsen an die apoBank rückzuvergüten.

Mit der AEPF III S.à.r.l. mit Sitz in der Avenue Charles de Gaulle 2 in Luxemburg wurde ein Mietvertrag über Büroflächen mit einer Fläche von 1.161 m² und 40 Stellplätzen in der Kaiserwerther Straße 115 in Ratingen geschlossen. Das Mietverhältnis beginnt am 1. Juni 2020 und ist für eine Festmietzeit von mindestens fünf Jahren geschlossen, wobei unterschiedliche Verlängerungsoptionen vereinbart sind.

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

DokID:

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unrechtmäßiger Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

B e r i c h t

über die Prüfung des Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2022
bei der
**HCL Technologies gbs GmbH,
Ratingen**

vom 20. Juli 2023

Inhaltsverzeichnis

Seite

Anlagenverzeichnis	2
Abkürzungsverzeichnis	3
1 Prüfungsauftrag	4
2 Grundsätzliche Feststellungen	4
2.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter	4
2.2 Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Tatsachen	5
2.3 Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	6
3 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	10
3.1 Gegenstand der Prüfung	10
3.2 Art und Umfang der Prüfung	10
4 Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	12
4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	12
4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	12
4.1.2 Jahresabschluss	13
4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses	14
5 Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse	15
5.1 Rechtliche Grundlagen	15
5.2 Darstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse	16
5.2.1 Vermögenslage	16
5.2.2 Finanzlage	17
5.2.3 Ertragslage	18
6 Schlussbemerkung	19

Anlagenverzeichnis

- 1 Anlagen zur Rechnungslegung
 - 1.1 Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022
 - 1.2 Bestätigungsvermerk

- 2 Analyse der wirtschaftlichen Verhältnisse
 - 2.1 Vermögenslage
 - 2.2 Anlagenfinanzierung und Liquiditätskennziffern
 - 2.3 Ertragslage

- 3 Rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen
 - 3.1 Gesellschaftsvertrag
 - 3.2 Organe
 - 3.3 Wesentliche Verträge

- 4 Allgemeine Auftragsbedingungen

Wir haben den Bericht IT-gestützt erstellt. Insbesondere bei der tabellarischen Darstellung von aggregierten Zahlen (z. B. in TEUR) kann es zu marginalen rundungsinduzierten Unplausibilitäten kommen, da den berechneten Werten jeweils genaue ungerundete Daten zugrunde liegen.

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft
apoBank	Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG, Düsseldorf
Atruvia	Atruvia AG (ehemals Fiducia & GAD IT AG), Frankfurt am Main
bzw.	beziehungsweise
DZ BANK	DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main
EUR	Euro
ff.	folgende
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
HCL gbs	HCL Technologies Germany GmbH
HGB	Handelsgesetzbuch
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf
IDW PS	Prüfungsstandard des IDW
i. S. d.	im Sinne des
i. V. m.	in Verbindung mit
IT	Informationstechnologie
n. F.	neue Fassung
Nr.	Nummer
RAP	Rechnungsabgrenzungsposten
TEUR	Tausend Euro
vgl.	vergleiche

1 Prüfungsauftrag

- 1 Die Geschäftsführung der

HCL Technologies gbs GmbH, Ratingen

- im Folgenden "HCL gbs" oder "Gesellschaft" - hat uns mit der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2022 unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2022 beauftragt. Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 17. Oktober 2022 wurden wir zum Abschlussprüfer gewählt.

- 2 Dieser Prüfungsbericht ist an die HCL gbs gerichtet.
- 3 Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Prüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.
- 4 Bei der Berichterstattung haben wir den Prüfungsstandard des IDW „Grundsätze ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten“ (IDW PS 450 n. F.) beachtet.
- 5 Für die Durchführung der Prüfung und unsere Verantwortlichkeit gelten - auch im Verhältnis zu Dritten - die unter dem 7. Dezember / 9. Dezember 2022 getroffene Vereinbarung sowie ergänzend die Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2017. Sie sind als Anlage Allgemeine Auftragsbedingungen beigelegt. Die Haftung für die Prüfung richtet sich nach § 323 HGB.

2 Grundsätzliche Feststellungen

2.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter

- 6 Die Geschäftsführung hat die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft im Jahresabschluss dargestellt. Wegen der Einzelheiten verweisen wir auf die Anlage Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022. Die Geschäftsführung hat als nunmehr kleine Kapitalgesellschaft unter Berücksichtigung des Gesellschafterbeschlusses vom 19. Juni 2023 zulässigerweise auf die Aufstellung eines Lageberichts verzichtet. Wir können als Abschlussprüfer zur Beurteilung der Lage der Gesellschaft durch die Geschäftsführung, wie sie ansonsten im Lagebericht zum Ausdruck käme, nicht nach § 321 Abs. 1 S. 2 HGB Stellung nehmen.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist die Geschäftsführung von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit ausgegangen.

2.2 Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Tatsachen

- 7 Bei der Durchführung unserer Prüfung haben wir folgende berichtspflichtige Tatsachen im Sinne des § 321 Abs. 1 S. 3 HGB festgestellt, welche die Entwicklung der Gesellschaft wesentlich beeinträchtigen oder ihren Bestand gefährden können:
- Die Gesellschaft hat in 2022 einen Jahresfehlbetrag von -1,45 Mio. EUR erzielt. Somit verblieb zum 31. Dezember 2022 ein restliches Eigenkapital von 189 TEUR.
- 8 Daraus ergeben sich nach unserer Einschätzung möglicherweise die nachstehend aufgezeigten wesentlichen Konsequenzen für die Gesellschaft:

Zur Vermeidung der insolvenzrechtlichen Folgen einer drohenden Überschuldung und drohenden Zahlungsunfähigkeit haben die beiden seit 1. Januar 2022 bestehenden Gesellschafter der Gesellschaft, die Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG und die HCL Technologies Germany GmbH mit Datum vom 19. Juli 2023 eine zweite harte Patronatserklärung durch die Gesellschafter mit Gültigkeit bis zum 31. Dezember 2024 unterzeichnet.

Mit dieser Patronatserklärung verpflichten sich beide Gesellschafter ab dem Zeitpunkt der Unterschrift dafür zu sorgen, dass die gbs finanziell so ausgestattet bleibt, dass sie ihre Verpflichtungen gegenüber Dritten pünktlich und vollständig erbringen kann. Diese Erklärung darf auch gegenüber Dritten zur Absicherung von Lieferungen und Leistungen verwendet werden.

Die Entwicklung in den ersten 5 Monaten im Geschäftsjahr 2023 mit rund -1,3 Mio. EUR Fehlbetrag gemäß uns vorgelegter ungeprüfter betriebswirtschaftlicher Auswertung führen zu einem vollständigen Verbrauch des zum 31. Dezember 2022 noch bestehenden Eigenkapitals und zu einer bilanziellen Überschuldung von rd. 1,1 Mio. EUR per 31. Mai 2022. In der Gesellschafterversammlung vom 19. Juni 2023 wurden die Gesellschafter über diese Eigenkapitalsituation informiert und haben die Geschäftsführung aufgefordert, einen Business Plan zu erstellen, mit dem die Ertragswende erreicht werden kann. Außerdem soll die harte Patronatserklärung um ein Jahr verlängert werden. Durch die am 19. Juli 2023 erteilte Patronatserklärung wird die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft bis zum 31. Dezember 2024 gesichert. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die Angaben im Nachtragsbericht des Anhangs. Sollte die Ertragslage sich bis Ende Geschäftsjahr 2024 nicht im erforderlichen Umfang ins Positive wenden, besteht aufgrund der dann ungesicherten Finanzierung und der bilanziellen Überschuldung ein bestandsgefährdendes Risiko und damit eine wesentliche Unsicherheit über die Fortführung des Unternehmens ab dem 1. Januar 2025.

2.3 Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

- 9 Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 (Anlage Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022) der Kapitalgesellschaft unter dem Datum vom 20. Juli 2023 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben wird:

"Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die HCL Technologies gbs GmbH, Ratingen

Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss der HCL Technologies gbs GmbH - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022.

Gemäß § 322 Abs. 3 S. 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt hat.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss zu dienen.

Wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit

Wir verweisen auf die „Allgemeinen Angaben“ im Anhang, in denen die gesetzlichen Vertreter beschreiben, dass die Gesellschafter zur Vermeidung einer Überschuldung eine harte Patronatserklärung abgegeben haben. Da diese Patronatserklärung zeitlich befristet ist, besteht eine wesentliche Unsicherheit, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann und die ein bestandsgefährdendes Risiko im Sinne des § 322 Abs. 2 Satz 3 HGB darstellt.

Unser Prüfungsurteil ist bezüglich dieses Sachverhalts nicht modifiziert.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen."

3 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

3.1 Gegenstand der Prüfung

- 10 Gegenstand der Prüfung gemäß §§ 316 ff. HGB sind die Buchführung und der nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022.
- 11 Die Prüfung des Jahresabschlusses erstreckte sich darauf, ob die deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags in allen wesentlichen Belangen beachtet worden sind.
- 12 Die HCL gbs ist eine kleine Gesellschaft gemäß § 267 Abs. 2 HGB. Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses wurden größenabhängige Erleichterungen in Anspruch genommen.
- 13 Die Geschäftsführung trägt die Verantwortung für die Rechnungslegung, die dazu eingerichteten internen Kontrollen und die dem Abschlussprüfer gemachten Angaben. Unsere Aufgabe war es, diese Unterlagen unter Einbeziehung der Buchführung und die gemachten Angaben im Rahmen einer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.
- 14 Unsere Prüfung erstreckte sich - soweit nichts anderes bestimmt ist - nicht darauf festzustellen, ob der Fortbestand des Unternehmens zugesichert werden kann oder die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung zugesichert werden kann.
- 15 Die Prüfung wurde von uns mit Unterbrechungen in den Monaten Januar bis Juli 2023 vorgenommen.

3.2 Art und Umfang der Prüfung

- 16 Art und Umfang der Prüfung des Jahresabschlusses richteten sich nach §§ 316 ff. HGB und den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung des IDW.
- 17 Die Prüfungsstrategie ist an den Risikofaktoren des zu prüfenden Unternehmens ausgerichtet (risikoorientierter Prüfungsansatz). Zur Beurteilung der Risikofaktoren und zur Festlegung der Prüfungsstrategie haben wir zu Beginn sowie auch kontinuierlich im Verlauf der Prüfung Informationen über das Unternehmen und dessen Umfeld gewonnen. Die Informationsgewinnung erstreckte sich insbesondere auf die Geschäftstätigkeit, die Ziele, Strategien und Geschäftsrisiken, das rechtliche und wirtschaftliche Umfeld, das Rechnungswesen, die angewandten Rechnungslegungsgrundsätze, die Organisation und das Interne Kontrollsystem sowie das System zur Steuerung und Überwachung des wirtschaftlichen Erfolgs.

- 18 Auf Basis dieser Informationen haben wir unter Beachtung der berufsrechtlichen Vorgaben und der Wesentlichkeit ein risikoorientiertes Vorgehen praktiziert.
- 19 Neben den Prüfungshandlungen zur Risikobeurteilung (einschließlich Aufbauprüfungen) und Funktionsprüfungen haben wir aussagebezogene Prüfungshandlungen durchgeführt. Art und Umfang der aussagebezogenen Prüfungshandlungen wurden unter Beachtung der Wesentlichkeit und der Risikobeurteilung sowie den Ergebnissen der Funktionsprüfungen festgelegt.
- 20 Als Prüfungsschwerpunkte wurden von uns die Umsatzrealisation, die Going Concern Prämisse sowie die Vollständigkeit und Bewertung der Rückstellungen identifiziert.
- 21 Zur Erlangung ausreichender und angemessener Prüfungsnachweise, um begründete Schlussfolgerungen zur Bildung von Prüfungsurteilen zu ziehen, wurden Verfahren der bewussten Auswahl bzw. repräsentative Auswahlverfahren verwendet.
- 22 Ausgangspunkt unserer Prüfung war der Jahresabschluss der Gesellschaft zum 31. Dezember 2021, dem wir einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt haben.
- 23 Für den Nachweis der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben wir unter Zugrundelegung geeigneter Auswahlverfahren Bestätigungen Dritter eingeholt.
- 24 Für die Prüfung der Geschäftsbeziehungen zu Kreditinstituten wurden Bankbestätigungen eingeholt.
- 25 Zur Beurteilung von Risiken aus Rechtsstreitigkeiten sowie der steuerlichen Verhältnisse wurden Rechtsanwalts- bzw. eine Steuerberaterbestätigung eingeholt.
- 26 Bei unserer Beurteilung haben wir uns auch auf Prüfungsergebnisse und Untersuchungen Dritter als Sachverständige der gesetzlichen Vertreter (z. B. versicherungsmathematische Gutachten und Berichte externer Prüfer bei Auslagerungsunternehmen) gestützt und diese soweit möglich verwertet.
- 27 Die von der Geschäftsführung unterzeichnete berufsübliche Vollständigkeitserklärung liegt uns vor.
- 28 In der Vollständigkeitserklärung wurde uns versichert, dass in dem vorliegenden Jahresabschluss sämtliche Vermögensgegenstände und Schuldposten enthalten und alle erkennbaren Risiken berücksichtigt sind.
- 29 Die Geschäftsführung und die in der Vollständigkeitserklärung genannten Personen haben die erbetenen Aufklärungen und Nachweise erbracht.

4 Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

- 30 Die Buchführung erfolgt IT-gestützt und war bis zum 31. Dezember 2022 an die Atruvia AG ausgelagert. Die Atruvia AG hat die Buchhaltung in einem Shared Service Center organisiert, das den überwiegenden Teil der Konzernunternehmen betreut. Eingesetzt wird die Standardsoftware SAP ERP ECC (ERP Central Component), die Geschäftsprozesse der Gesellschaft werden mit den Modulen Fi/CO (Finanzbuchhaltung / Controlling), AA (Anlagenbuchhaltung) und SD (Vertrieb) abgewickelt. Die Bereitstellung des SAP-Systems wird durch die Atruvia AG übernommen. Dazu gehören der Betrieb eines Rechenzentrums, die Basisadministration sowie die Aktualisierung, Weiterentwicklung und das Customizing des Systems. In der Verantwortung der Gesellschaft liegt die Überwachung der Schnittstellenverarbeitung.
- 31 Die Organisation des Rechnungswesens der Gesellschaft ist gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen unverändert und entspricht den Anforderungen. Der Produktionsbetrieb des SAP-Systems ist in den Regelbetrieb des Rechenzentrums der Atruvia AG am Standort Karlsruhe eingebunden. Über die Prüfung der Beschreibung des dienstleistungsbezogenen internen Kontrollsystems zur IT-Produktion und Anwendungsentwicklung sowie der Ausgestaltung und Wirksamkeit von Kontrollen hinsichtlich der in der Beschreibung dargestellten Kontrollziele der Atruvia (Prüfung nach IDW PS 951 n. F. Typ 2) für den Zeitraum vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 der Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (EY), Stuttgart, liegt der Prüfungsbericht mit Datum vom 21. Februar 2023 vor. Nach der Beurteilung von EY bezogen auf das dienstleistungsbezogene interne Kontrollsystem ist bzw. sind in allen wesentlichen Belangen
- das eingerichtete dienstleistungsbezogene interne Kontrollsystem für den Zeitraum vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 sachgerecht dargestellt,
 - die dargelegten Kontrollziele angemessen und auf Grundlage geeigneter Kriterien abgeleitet worden,
 - die aufgeführten Kontrollen im Zeitraum vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 eingerichtet und angemessen,
 - die geprüften Kontrollen, d. h. die Kontrollen, welche mit hinreichender Sicherheit gewährleisten, dass die in der Beschreibung genannten Kontrollziele erreicht werden, im Zeitraum vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022, wirksam. Den Schwerpunkt der IT-bezogenen Prüfungshandlungen bildete das durch die Atruvia AG betriebene SAP-System P38.

Die IT-Systemprüfung orientiert sich dabei am Prüfungsstandard IDW PS 330 und hat das Ziel, ein Urteil über die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung zu treffen sowie wesentliche IT-bezogene Risiken zu bewerten, die zu einer Fehlaussage in rechnungslegungsrelevanten Bereichen führen können. Dafür wurden Aufbau und Funktion des durch die Atruvia AG aufgebauten Kontrollsystems geprüft anhand von Konzepten, Prozessdokumentationen, Parametereinstellungen und stichprobenartigen Prüfungen von Administrations- und Entwicklungsprozessen.

- 32 Es ergaben sich keine wesentlichen Feststellungen.
- 33 Die Lohn- und Gehaltsabrechnungen wurden bis zum 31. Dezember 2022 durch die Peras GmbH, Karlsruhe, verarbeitet. Das Modul SAP-HCM (Personalwirtschaft) ist in die Finanzbuchhaltung über Schnittstellen integriert. Unsere Prüfung der Verarbeitungsergebnisse keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass das Programm nicht sachgerecht eingesetzt und die Geschäftsvorfälle nicht richtig verarbeitet werden.
- 34 Die Rechtsbeziehungen zur Atruvia (ehemals Muttergesellschaft) sind durch einen Geschäftsbesorgungsvertrag geregelt. Danach obliegt dieser die technische und organisatorische Abwicklung der Buchführung. Die Verantwortlichkeit für die Buchführung in handels- und steuerrechtlicher Hinsicht verbleibt bei der gbs.
- 35 Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen entsprechen in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags. Die getroffenen Maßnahmen sind geeignet, die Sicherheit und Ordnungsmäßigkeit der IT-gestützten Rechnungslegung zu gewährleisten.
- 36 Bei unserer Prüfungstätigkeit ergaben sich keine Anhaltspunkte, dass das IT-gestützte Rechnungslegungssystem nicht den gesetzlichen Anforderungen, insbesondere den einschlägigen Ordnungsmäßigkeits- und Sicherheitsanforderungen entspricht, um die gesetzlich geforderten Prüfungsaussagen über die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung treffen zu können.
- 37 Die Informationen aus den weiteren geprüften Unterlagen sind in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäß in Buchführung und Jahresabschluss abgebildet.

4.1.2 Jahresabschluss

- 38 Der geprüfte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 ist diesem Bericht als Anlage Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 beigelegt.
- 39 Der Jahresabschluss entspricht in allen wesentlichen Belangen den für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags.

- 40 Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet; die Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften sind in allen wesentlichen Belangen beachtet worden.
- 41 Der Anhang enthält die nach den gesetzlichen Vorgaben erforderlichen Angaben und Erläuterungen.

4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses

- 42 Der Jahresabschluss vermittelt insgesamt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.
- 43 Auf die Bewertungsgrundlagen (Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie wertbestimmende Faktoren) geht die Gesellschaft im Anhang (vgl. Anlage Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022) ein.

5 Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

5.1 Rechtliche Grundlagen

- 44 Die gesellschaftsrechtlichen Grundlagen sind in der Anlage Gesellschaftsvertrag dargestellt.
- 45 Gesellschafter der HCL gbs waren bis zum 31. Dezember 2021 mit einem Anteil von 90 % am Stammkapital die Atruvia AG und mit einem Anteil von 10 % die apoBank.
- 46 Mit Vertrag vom 8. Dezember 2021 (UR-Nr. 508/2021) hat die Atruvia AG ihre Anteile an der gbs - Gesellschaft für Banksysteme GmbH (90%) an die apoBank (hält nun 49%) sowie die HCL Technologies Germany GmbH (hält nun 51%) verkauft. Wirtschaftlicher Stichtag ist der 1.1.2022, 0.00 Uhr.
- 47 Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 6. Juli 2022 wurde der Gesellschaftsvertrag neu gefasst und die Firma von "gbs - Gesellschaft für Banksysteme GmbH" in "HCL Technologies gbs GmbH" geändert sowie der Sitz von Münster nach Ratingen verlegt. Die Änderungen wurden am 29. August 2022 in das Handelsregister eingetragen.
- 48 Zur Besetzung der Geschäftsführung verweisen wir auf den Anhang (vgl. Anlage Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022) sowie die Anlage Organe.
- 49 Hinsichtlich der bestehenden Verträge von besonderer Bedeutung verweisen wir auf die Anlage Wesentliche Verträge.
- 50 Rechtsstreitigkeiten, die sich auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Gesellschaft erheblich auswirken können, liegen nach den erhaltenen Auskünften und unseren Feststellungen nicht vor. Für die absehbaren rechtlichen Risiken aus Insolvenzanfechtung infolge der Insolvenz eines Kunden sind per 31. Dezember 2020 Rückstellungen in Höhe von TEUR 462 gebildet worden, die per 31. Dezember 2021 sowie 31. Dezember 2022 unverändert beibehalten wurden. Ferner wurden auf Forderungen gegen diesen Kunden per 31. Dezember 2020 Einzelwertberichtigungen in Höhe von TEUR 719 gebildet, die per 31. Dezember 2021 sowie 31. Dezember 2022 unverändert beibehalten wurden.

5.2 Darstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse

5.2.1 Vermögenslage

- 51 Zur Darstellung der Vermögenslage verweisen wir auch auf die Anlage Vermögenslage.
- 52 Die Sachanlagen haben sich im Wesentlichen aufgrund der Abschreibungen um 35,9 TEUR reduziert.
- 53 Die Finanzanlagen in Höhe von 57,6 TEUR (Vorjahr: 0,1 TEUR) haben sich aufgrund eines Gründungsstockdarlehens an die Pensionskasse Deutscher Genossenschaften VVaG, Münster, erhöht.
- 54 Die Vorräte haben sich im Wesentlichen aufgrund einer im Vorjahr als Handelsware erworbenen Softwarelizenz um 124,8 TEUR verringert. Zum Bilanzstichtag beinhalten diese im Wesentlichen drei nicht abgeschlossene Projekte.
- 55 Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind im Zusammenhang mit den Forderungen gegen verbundene Unternehmen sowie die Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht aufgrund der geänderten Gesellschafterstruktur zu sehen und haben sich daher insgesamt von 986,5 TEUR auf 1.202,3 TEUR zum Bilanzstichtag erhöht. Der Anstieg hängt mit dem Anstieg der Umsatzerlöse zusammen. Vom Forderungsbestand sind unverändert Einzelwertberichtigungen in Höhe von 719,3 TEUR und eine gegenüber dem Vorjahr um 4,7 TEUR reduzierte Pauschalwertberichtigung von 2 TEUR abgesetzt.
- 56 Die Sonstigen Vermögensgegenstände enthalten insbesondere Steuererstattungsansprüche aus Körperschaftssteuer (66,6 TEUR, Vorjahr: 526,2 TEUR) sowie Ansprüche aus Mietkautionen von unverändert 91,1 TEUR.
- 57 Die liquiden Mittel, die sich um 708,2 TEUR reduziert haben, enthalten im Wesentlichen Kontokorrentguthaben bei der DZ Bank (1.777,8 TEUR), der Deutschen Bank (600,9 TEUR) und der apoBank (1.771,8 TEUR).
- 58 Das Eigenkapital setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2022		31.12.2021		Veränderung	
Gezeichnetes Kapital	100,0	53,0	100,0	6,1	0,0	0,0
Gewinnrücklagen	3.463,7	1.836,5	3.463,7	211,1	0,0	0,0
Bilanzverlust	-3.375,1	-1.789,6	-1.922,7	-117,2	-1.452,4	75,5
Eigenkapital	<u>188,6</u>	<u>99,9</u>	<u>1.641,0</u>	<u>100,0</u>	<u>-1.452,4</u>	<u>-88,5</u>

- 59 Insgesamt ergab sich damit eine Veränderung des Eigenkapitals um -1.452 TEUR bzw. -88,5 % auf 189 TEUR. Unter Berücksichtigung der Erhöhung der Bilanzsumme führte dies zu einer deutlichen Verringerung der Eigenkapitalquote um 20,7 %-Punkte auf 3,3 %.
- 60 Aus § 253 Abs. 6 HGB ergab sich eine Ausschüttungssperre in Höhe von 107,3 TEUR.
- 61 Die Pensionsrückstellungen betrafen 40 Anwartschaften, davon 21 unverfallbare Anwartschaften ausgeschiedener Mitarbeiter, und 5 Leistungsempfänger. Die Veränderung resultiert insbesondere aus Zinsänderungs- und Aufzinsungseffekten.
- 62 Die Sonstigen Rückstellungen berücksichtigten insbesondere Personalrückstellungen mit 890,9 TEUR (Vj: 990,4 TEUR) sowie Rückstellungen für rechtliche Risiken unverändert mit 462 TEUR. Die Rückstellungen für Garantie sind mit 42,0 TEUR aufgrund des gestiegenen Umsatzes deutlich angestiegen (Vj: 26,0 TEUR).
- 63 Die erhaltenen Anzahlungen in Höhe von 88,5 TEUR (Vorjahr: 98,1 TEUR) betreffen im Wesentlichen drei nicht abgeschlossene Projektarbeiten.
- 64 Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich stichtagsbedingt um 271,4 TEUR auf 499,5 TEUR.
- 65 Die Sonstigen Verbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen mit 223,3 TEUR im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Steuern (Vorjahr: 78,5 TEUR).

5.2.2 Finanzlage

- 66 Der Anteil des Fremdkapitals von 5.575,8 TEUR (Vorjahr: 5.187,2 TEUR) an der Bilanzsumme belief sich zum Bilanzstichtag auf 96,7 % (Vorjahr: 76,0 %). Ursächlich für den Anstieg der Fremdkapitalquote ist insbesondere der Rückgang des Eigenkapitals aufgrund des erzielten Jahresfehlbetrags.
- 67 Die Fremdkapitalstruktur ist wie im Vorjahr maßgeblich durch Rückstellungen (4.760,8 TEUR, Vorjahr: 4.749,8 TEUR) geprägt.
- 68 Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgt maßgeblich durch Rückstellungen sowie Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen.
- 69 Die Gesellschaft verfügte zum Bilanzstichtag über liquide Mittel in Höhe von 4.150,5 TEUR (Vorjahr: TEUR 4.858,7).
- 70 Die Zahlungsfähigkeit war im Prüfungszeitraum aufgrund der Patronatserklärung gegeben.

5.2.3 Ertragslage

71 Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich im letzten Geschäftsjahr folgende Entwicklung:

	2022		2021		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	6.336,5	100,0	4.416,4	100,0	1.920,1	43,5
Bestandsveränderung	10,2	0,2	7,5	0,2	2,7	36,0
Materialaufwand	<u>1.263,8</u>	<u>19,9</u>	<u>951,2</u>	<u>21,5</u>	<u>312,6</u>	<u>32,9</u>
Rohertrag	<u>5.082,9</u>	<u>80,3</u>	<u>3.472,7</u>	<u>78,7</u>	<u>1.610,2</u>	<u>46,4</u>
Sonstige betriebliche Erträge	153,6	2,4	168,9	3,8	-15,3	-9,1
Personalaufwand	5.484,4	86,6	6.363,7	144,1	-879,3	-13,8
Abschreibungen	82,2	1,3	81,0	1,8	1,2	1,5
Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>1.082,2</u>	<u>17,1</u>	<u>1.008,7</u>	<u>22,8</u>	<u>73,5</u>	<u>7,3</u>
Betriebsergebnis	<u>-1.412,3</u>	<u>22,3</u>	<u>-3.811,8</u>	<u>86,2</u>	<u>2.399,5</u>	<u>-62,9</u>
Zinsergebnis	<u>12,9</u>	<u>0,2</u>	<u>1,6</u>	<u>0,1</u>	<u>11,3</u>	<u>706,3</u>
Ergebnis vor Steuern	<u>-1.399,4</u>	<u>22,1</u>	<u>-3.810,2</u>	<u>86,1</u>	<u>2.410,8</u>	<u>-63,3</u>
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	47,4	0,7	-381,0	8,6	428,4	-112,4
Sonstige Steuern	<u>5,6</u>	<u>0,1</u>	<u>1,2</u>	<u>0,0</u>	<u>4,4</u>	<u>366,7</u>
Jahresergebnis	<u>-1.452,4</u>	<u>22,9</u>	<u>-3.430,4</u>	<u>77,5</u>	<u>1.978,0</u>	<u>-57,7</u>

- 72 Die Umsatzerlöse haben sich gegenüber dem Vorjahr um 1.920,1 TEUR bzw. 43,5 % erhöht. Grund für den Anstieg waren im Wesentlichen mehr Geschäfte mit den Gesellschaftern.
- 73 Analog zur Entwicklung der Umsatzerlöse ist der Materialaufwand um 312,6 TEUR bzw. 32,9 % gestiegen.
- 74 Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 153,6 TEUR (Vorjahr: 168,9 TEUR) beinhalten im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (106,2 TEUR) und periodenfremde Erträge (42,5 TEUR).
- 75 Der Personalaufwand verringerte sich um -879,3 TEUR bzw. -13,8 %. Die Veränderung resultierte maßgeblich aus dem Rückgang an Personal.
- 76 Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 1.082,4 TEUR enthalten insbesondere Aufwendungen für Gebäude- und Energiekosten (309,5 TEUR; Vorjahr: 286,2 TEUR), Personalnebenkosten (198,9 TEUR; Vorjahr: 205,7 TEUR) sowie Bürokosten (97,4 TEUR; Vorjahr: 99,2 TEUR).
- 77 Insgesamt ergab sich ein Jahresergebnis in Höhe von -1.452,4 TEUR, das sich insbesondere aufgrund der um 1.920,1 TEUR gestiegenen Umsatzerlöse sowie der um 879,3 TEUR gesunkenen Personalaufwendungen um 1.978,0 TEUR gegenüber dem Vorjahr verbessert hat.

6 Schlussbemerkung

- 78 Den vorstehenden Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2022 der HCL Technologies gbs GmbH, Ratingen, erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten (IDW PS 450 n. F.).
- 79 Der von uns erteilte Bestätigungsvermerk ist im Berichtsabschnitt Wiedergabe des Bestätigungsvermerks enthalten.
- 80 Neu-Isenburg, 20. Juli 2023

AWADO GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Dokument unterschrieben
von: Jochen Krohn



Krohn

Wirtschaftsprüfer

Dokument unterschrieben
von: Alain Gabriel Johannes Neupel



Neupel

Wirtschaftsprüfer



HCL Technologies gbs GmbH
(früher: gbs - Gesellschaft für Banksysteme GmbH)

Jahresabschluss 2022

Bilanz

Gewinn- und Verlustrechnung

Anhang

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2022

			Aktiva
	31.12.2022	31.12.2021	
	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltlich erworbene Software sowie Lizenzen			
an solchen Rechten und Werten	5.052,00	10.566,00	
II. Sachanlagen			
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	62.170,00	98.070,00	
III. Finanzanlagen			
Sonstige Ausleihungen	57.550,00	50,00	
Anlagevermögen insgesamt	124.772,00	108.686,00	
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Unfertige Leistungen	48.908,00	38.673,00	
2. Waren	-	135.000,00	
	48.908,00	173.673,00	
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	472.741,81	932.929,51	
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	151.616,69	-	
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	577.916,66	53.651,15	
4. Sonstige Vermögensgegenstände	172.015,67	658.696,29	
	1.374.290,83	1.645.276,95	
III. Guthaben bei Kreditinstituten	4.150.539,43	4.858.728,78	
Umlaufvermögen insgesamt	5.573.738,26	6.677.678,73	
C. Rechnungsabgrenzungsposten	65.892,30	41.865,64	
Summe der Aktiva	5.764.402,56	6.828.230,37	

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2022

			Passiva
			31.12.2022
			31.12.2021
	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		100.000,00	100.000,00
II. Gewinnrücklagen			
Andere Gewinnrücklagen		3.463.654,53	3.463.654,53
III. Verlustvortrag (i.Vj. Gewinnvortrag)		-1.922.711,34	1.507.734,02
IV. Jahresfehlbetrag		-1.452.380,88	-3.430.445,36
Eigenkapital insgesamt		188.562,31	1.640.943,19
B. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		3.196.995,00	3.094.179,00
2. Steuerrückstellungen		86.197,82	77.512,81
3. Sonstige Rückstellungen		1.477.588,36	1.578.143,27
		4.760.781,18	4.749.835,08
C. Verbindlichkeiten			
1. Erhaltene Anzahlungen		88.495,40	98.101,08
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		499.525,44	228.104,76
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		-	16.374,54
4. Sonstige Verbindlichkeiten		227.038,23	79.809,97
davon aus Steuern	223.253,59		78.525,81
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	-		1.239,16
		815.059,07	422.390,35
D. Rechnungsabgrenzungsposten		-	15.061,75
Summe der Passiva		5.764.402,56	6.828.230,37

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom

1. Januar bis zum 31. Dezember 2022

	2022			2021
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse		6.336.493,27		4.416.430,23
2. Erhöhung des Bestands an unfertigen Leistungen		10.235,00		7.520,00
3. Sonstige betriebliche Erträge		153.636,59		168.929,10
		6.500.364,86		4.592.879,33
4. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für bezogene Waren		585.599,00		11.031,42
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		678.166,74		940.162,84
		1.263.765,74		951.194,26
5. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter		4.709.094,77		5.387.891,78
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung		775.306,85		975.799,57
	129.068,52			(222.774,99)
		5.484.401,62		6.363.691,35
6. Abschreibungen				
auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		82.251,71		80.965,11
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		1.082.355,67		1.008.801,35
		1.164.607,38		1.089.766,46
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		71.624,83		69.852,32
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		58.658,00		68.304,66
		12.966,83		1.547,66
10. Steuern (i.Vj. Steuererstattungen) vom Einkommen und vom Ertrag		47.374,01		-380.984,56
11. Ergebnis nach Steuern		-1.446.817,06		-3.429.240,52
12. Sonstige Steuern		5.563,82		1.204,84
13. Jahresfehlbetrag		-1.452.380,88		-3.430.445,36

Anhang

Allgemeine Angaben

Die HCL Technologies gbs GmbH (früher: gbs - Gesellschaft für Banksysteme GmbH) mit Sitz in Ratingen ist eine kleine Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 2 HGB.

Die Gesellschaft wird beim Amtsgericht Düsseldorf unter der Nummer HRB 98410 geführt.

Mit Vertrag vom 8. Dezember 2021 hat die Atruvia AG ihre Anteile an der gbs – Gesellschaft für Banksysteme GmbH (90 %) an die Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG (hält nun 49 %) und die HCL Technologies Germany GmbH (hält nun 51 %) verkauft. Wirtschaftlicher Stichtag war der 1. Januar 2022, 0.00 Uhr. Im Zuge dieser Verkaufstransaktion wurde der Name der Gesellschaft auf HCL Technologies gbs GmbH geändert.

Mit Eintragung im Handelsregister Düsseldorf vom 29. August 2022 wurde der Sitz der Gesellschaft nach Ratingen verlegt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB gegliedert.

Sofern Angaben zu Abschlussposten wahlweise in der Bilanz bzw. der Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang gemacht werden können, erfolgen diese Angaben im Anhang. Die größenabhängigen Erleichterungen des § 288 HGB werden zum Teil in Anspruch genommen.

Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die entgeltlich erworbenen **Immateriellen Vermögensgegenstände** werden mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen über die voraussichtliche Nutzungsdauer von 3 Jahren angesetzt.

Die Gegenstände des **Sachanlagevermögens** sind mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen über die voraussichtliche Nutzungsdauer von 3 bis 5 Jahren angesetzt.

Die **Finanzanlagen** werden mit den Anschaffungskosten angesetzt.

Die **Vorräte** werden mit Herstellungskosten bzw. Anschaffungskosten bewertet. Die zum Bilanzstichtag angesetzten Herstellungskosten umfassen die Einzelkosten sowie die zurechenbaren Gemeinkosten.

Die **Forderungen** und **Sonstigen Vermögensgegenstände** werden zum Nennwert angesetzt. Erkennbaren Risiken im Forderungsbestand wird durch Bildung von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen.

Der Bilanzansatz der **Liquiden Mittel** entspricht dem Nennwert.

Die **Pensionsrückstellungen** werden auf der Grundlage von versicherungsmathematischen Berechnungen auf Basis der Richttafeln 2018 G (Prof. Dr. Heubeck) nach der PUC-Methode bewertet. Der Rechnungszins (1,78 %) wird gemäß § 253 Abs. 2 S. 2 HGB nach der Vereinfachungsregel ermittelt. Ferner wird ein Gehaltstrend von 2 % und ein Rententrend von 2,00 % berücksichtigt.

Die Rückstellungen für Pensionen in Höhe von 3.197 TEUR liegen um 107 TEUR (Unterschiedsbetrag) unter dem Bewertungsansatz für Pensionsrückstellungen, der sich zum 31. Dezember 2022 bei Anwendung des 7-Jahres-Durchschnittszinssatzes ergeben hätte. Dieser Unterschiedsbetrag von 107 TEUR (Vj. 172 TEUR) unterliegt gemäß § 253 Abs. 6 HGB einer Ausschüttungssperre. Die freien Rücklagen der Gesellschaft liegen zum Stichtag über dem Unterschiedsbetrag.

Die **Jubiläumsrückstellungen** werden nach der PUC-Methode unter Berücksichtigung eines Gehaltstrends von 2 % und der betriebsüblichen Fluktuation bewertet. Der Zinssatz von 1,35 % ist gemäß § 253 Abs. 2 S. 2 HGB nach der Vereinfachungsregel ermittelt worden.

Die **übrigen Rückstellungen** werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags passiviert. Bei Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden künftige Preis- und Kostensteigerungen berücksichtigt und eine Abzinsung auf den Bilanzstichtag vorgenommen.

Die **Verbindlichkeiten** sind mit ihrem Erfüllungsbetrag ausgewiesen.

Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

- Bilanz

In den sonstigen Ausleihungen ist ein Gründungsstockdarlehen an eine Pensionskasse ausgewiesen, das mit dem Nominalwert in Höhe von 58 TEUR angesetzt ist. Aufgrund der bestehenden und zu erwartenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist trotz ihrer Unverzinslichkeit auf die Abwertung der Darlehen auf einen niedrigeren beizulegenden Wert verzichtet worden, da von einer Rückzahlung zum Nennwert ausgegangen werden kann. Bei einer Abwertung im Geschäftsjahr hätte sich ein beizulegender Wert von 36 TEUR ergeben.

Die **Forderungen** sind, wie im Vorjahr, innerhalb einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr fällig.

Die im Zusammenhang mit einem laufenden Insolvenzverfahren bei einem Kunden im Vorjahr gebildeten **Einzelwertberichtigungen** in Höhe von 719 TEUR blieben unverändert. Darüber hinaus wurde dem allgemeinen Ausfallrisiko durch die Bildung einer **Pauschalwertberichtigung** in Höhe von 2 TEUR Rechnung getragen.

Die **Forderungen gegen verbundene Unternehmen** von 152 TEUR (Vorjahr 0 TEUR) betreffen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegenüber einer Gesellschafterin.

Die **Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, betreffen mit 578 TEUR (Vorjahr 54 TEUR) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und bestehen gegenüber einer Gesellschafterin.

Im Geschäftsjahr waren unter den **sonstigen Vermögensgegenstände** keine antizipativen Posten enthalten (Vorjahr 19 TEUR).

Die **Guthaben bei Kreditinstituten** beinhalten mit 1.772 TEUR (Vorjahr 1.720 TEUR) Forderungen gegen Gesellschafter.

Der **Bilanzverlust** zum 31. Dezember 2021 wurde auf neue Rechnung vorgetragen.

Die **Sonstigen Rückstellungen** entfallen im Wesentlichen auf:

	TEUR
- nicht genommener Urlaub und Überstunden	295
- Jahresabschlussvergütung	5
- Variable Vergütung	500
- Jubiläumsverpflichtung	71
- Garantie/Gewährleistung	42
- Rechtliche Risiken	462
- fehlende Rechnungen	35

Die Angaben zu den Restlaufzeiten der **Verbindlichkeiten** sind in dem folgenden Verbindlichkeitspiegel dargestellt:

	31.12.2022 in TEUR (31.12.2021)	Restlaufzeit bis 1 Jahr in TEUR	Restlaufzeit über 1 Jahr in TEUR	Davon über 5 Jahre in TEUR
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	88 (98)	88 (98)	0 (0)	0 (0)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	500 (228)	500 (228)	0 (0)	0 (0)
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0 (16)	0 (16)	0 (0)	0 (0)
sonstige Verbindlichkeiten	227 (80)	227 (80)	0 (0)	0 (0)
Summe	815 (422)	815 (422)	0 (0)	0 (0)

In den **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** von 500 TEUR (Vorjahr 228 TEUR) sind Beträge gegenüber einer Gesellschafterin von 189 TEUR (Vorjahr 0 TEUR) enthalten.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzlage der gbs GmbH von Bedeutung sind, bestehen in Höhe von ca. 642 TEUR und betreffen im Wesentlichen Serviceverträge und Mietverpflichtungen. Der Zweck und Vorteil der Mietverträge liegt vor allem in der niedrigeren Kapitalbindung gegenüber dem Erwerb.

- Gewinn- und Verlustrechnung

In den **sonstigen betrieblichen Erträgen** sind periodenfremde Erträge von 43 TEUR und Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen von 106 TEUR enthalten.

In den **Zinsen und ähnlichen Aufwendungen** sind Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen von 57 TEUR (Vorjahr 68 TEUR) enthalten.

Aufgrund einer möglichen Überschuldung zum 31. Dezember 2022 haben die beiden ab 1. Januar 2022 übernehmenden Gesellschafter mit Datum vom 01.07.2022 eine sog. harte Patronatserklärung unterschrieben, die bis zum 31.12.2023 gültig ist. Mit Datum vom 19. Juli 2023 wurde eine zweite harte Patronatserklärung durch die Gesellschafter mit Gültigkeit bis zum 31. Dezember 2024 unterzeichnet.

Sonstige Angaben

Die durchschnittliche Zahl der 2022 beschäftigten Arbeitnehmer (alles Angestellte) betrug 44,5 (Vorjahr 48,8) Personen.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gem. § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Zum 31. März 2023 stellt die HCL Technologies India Ltd., Neu-Dehli / Indien, für den größten Kreis der verbundenen Unternehmen einen Konzernabschluss auf, in den unsere Gesellschaft eingebunden ist. Der Abschluss ist am Sitz dieser Gesellschaft erhältlich. Für den kleinsten Kreis der verbundenen Unternehmen wurde von der HCL Technologies Germany GmbH bisher noch kein Konzernabschluss aufgestellt.

Geschäftsführer der HCL Technologies gbs GmbH sind Herr Rainer Erich Backes (bis 6. April 2022), Herr Nils Köhler (bis 5. Juni 2023) und Burkhard Kintscher (seit 15. März 2023). Als weiterer Geschäftsführer wurde am 17. Oktober 2022 Herr Bejoy J. George bestellt. Beide Geschäftsführer üben ihre Tätigkeit hauptberuflich aus.

Die Geschäftsführung schlägt der Gesellschafterversammlung vor, den Bilanzverlust des Geschäftsjahres von –3.375.092,22 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.

Ratingen, 20. Juli 2023



Kintscher


Bejoy George (Jul 27, 2023 13:34 GMT+5.5)

George

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die HCL Technologies gbs GmbH, Ratingen

Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss der HCL Technologies gbs GmbH - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022.

Gemäß § 322 Abs. 3 S. 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt hat.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss zu dienen.

Wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit

Wir verweisen auf die „Allgemeinen Angaben“ im Anhang, in denen die gesetzlichen Vertreter beschreiben, dass die Gesellschafter zur Vermeidung einer Überschuldung eine harte Patronatserklärung abgegeben haben. Da diese Patronatserklärung zeitlich befristet ist, besteht eine wesentliche Unsicherheit, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann und die ein bestandsgefährdendes Risiko im Sinne des § 322 Abs. 2 Satz 3 HGB darstellt.

Unser Prüfungsurteil ist bezüglich dieses Sachverhalts nicht modifiziert.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Neu-Isenburg, 20. Juli 2023

AWADO GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Dokument unterschrieben
von: Jochen Krohn



Krohn

Wirtschaftsprüfer

Dokument unterschrieben
von: Alain Gabriel Johannes Neupel



Neupel

Wirtschaftsprüfer



Vermögenslage

	31.12.2022		31.12.2021		31.12.2020	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
AKTIVA						
Immaterielle Vermögensgegenstände	5,1	0,1	10,6	0,2	9,8	0,1
Sachanlagen	62,2	1,1	98,1	1,4	171,4	1,7
Finanzanlagen	<u>57,6</u>	<u>1,0</u>	<u>0,1</u>	<u>0,0</u>	<u>0,1</u>	<u>0,0</u>
Anlagevermögen	<u>124,9</u>	<u>2,2</u>	<u>108,8</u>	<u>1,6</u>	<u>181,3</u>	<u>1,8</u>
Vorräte	48,9	0,8	173,7	2,5	31,2	0,3
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	472,7	8,2	932,9	13,7	938,5	9,1
Forderungen gegen verbundene und Beteiligungsunternehmen	729,5	12,7	53,6	0,8	110,3	1,1
Sonstige Vermögensgegenstände	172,0	3,0	658,7	9,6	555,0	5,4
Liquide Mittel	<u>4.150,5</u>	<u>72,0</u>	<u>4.858,7</u>	<u>71,2</u>	<u>8.410,9</u>	<u>81,9</u>
Umlaufvermögen	<u>5.573,6</u>	<u>96,7</u>	<u>6.677,6</u>	<u>97,8</u>	<u>10.045,9</u>	<u>97,8</u>
Rechnungsabgrenzungsposten	<u>65,9</u>	<u>1,1</u>	<u>41,8</u>	<u>0,6</u>	<u>41,6</u>	<u>0,4</u>
Umlaufvermögen und RAP	<u>5.639,5</u>	<u>97,8</u>	<u>6.719,4</u>	<u>98,4</u>	<u>10.087,5</u>	<u>98,2</u>
Bilanzsumme	<u>5.764,4</u>	<u>100,0</u>	<u>6.828,2</u>	<u>100,0</u>	<u>10.268,8</u>	<u>100,0</u>
PASSIVA						
Gezeichnetes Kapital	100,0	1,7	100,0	1,5	100,0	1,0
Rücklagen	3.463,7	60,1	3.463,7	50,7	3.463,7	33,7
Bilanzverlust	<u>-3.375,1</u>	<u>-58,6</u>	<u>-1.922,7</u>	<u>-28,2</u>	<u>1.507,7</u>	<u>14,7</u>
Eigenkapital	<u>188,6</u>	<u>3,2</u>	<u>1.641,0</u>	<u>24,0</u>	<u>5.071,4</u>	<u>49,4</u>
Pensionsrückstellungen	3.197,0	55,5	3.094,2	45,3	2.936,8	28,6
Andere Rückstellungen	<u>1.563,8</u>	<u>27,1</u>	<u>1.655,7</u>	<u>24,2</u>	<u>1.854,0</u>	<u>18,1</u>
Rückstellungen	<u>4.760,8</u>	<u>82,6</u>	<u>4.749,9</u>	<u>69,5</u>	<u>4.790,8</u>	<u>46,7</u>
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	499,5	8,7	228,1	3,3	113,2	1,1
Verbindlichkeiten gegenüber verbundene und Beteiligungsunternehmen	0,0	0,0	16,4	0,2	33,9	0,3
Sonstige Verbindlichkeiten, Anzahlungen	<u>315,5</u>	<u>5,5</u>	<u>177,7</u>	<u>2,6</u>	<u>259,5</u>	<u>2,5</u>
Verbindlichkeiten	<u>815,0</u>	<u>14,2</u>	<u>422,2</u>	<u>6,1</u>	<u>406,6</u>	<u>4,0</u>
Rechnungsabgrenzungsposten	<u>0,0</u>	<u>0,0</u>	<u>15,1</u>	<u>0,2</u>	<u>0,0</u>	<u>0,0</u>
Verbindlichkeiten und RAP	<u>815,0</u>	<u>14,2</u>	<u>437,3</u>	<u>6,3</u>	<u>406,6</u>	<u>4,0</u>
Bilanzsumme	<u>5.764,4</u>	<u>100,0</u>	<u>6.828,2</u>	<u>100,0</u>	<u>10.268,8</u>	<u>100,0</u>

Anlagenfinanzierung und Liquiditätskennziffern

	31.12.2022		31.12.2021		31.12.2020	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
1. Anlagenfinanzierung						
Anlagevermögen	<u>124,8</u>	<u>100,0</u>	<u>108,7</u>	<u>100,0</u>	<u>181,2</u>	<u>100,0</u>
Bilanzielles Eigenkapital	<u>188,6</u>		<u>1.640,9</u>		<u>5.071,4</u>	
= wirtschaftl. Eigenkapital	<u>188,6</u>	<u>151,1</u>	<u>1.640,9</u>	<u>1.509,6</u>	<u>5.071,4</u>	<u>2.798,8</u>
+ langfr. Rückstellungen	<u>3.197,0</u>		<u>3.094,2</u>		<u>2.936,8</u>	
+ langfristige Verbindlichkeiten ¹⁾						
= langfristiges Kapital	<u>3.385,6</u>	<u>2.712,8</u>	<u>4.735,1</u>	<u>4.356,1</u>	<u>8.008,2</u>	<u>4.419,5</u>
+ mittelfristige Verbindlichkeiten ²⁾						
= lang- u. mittelfristiges Kapital	<u>3.385,6</u>	<u>2.712,8</u>	<u>4.735,1</u>	<u>4.356,1</u>	<u>8.008,2</u>	<u>4.419,5</u>
Über- / Unterdeckung	<u>3.260,8</u>	<u>2.612,8</u>	<u>4.626,4</u>	<u>4.256,1</u>	<u>7.827,0</u>	<u>4.319,5</u>
2. Liquiditätskennziffern						
Finanzmittelfonds ⁴⁾	4.150,5		4.858,7		8.410,9	
+ kurzfristige Forderungen ⁵⁾	<u>1.374,3</u>		<u>1.645,3</u>		<u>1.603,8</u>	
zusammen	5.524,8		6.504,0		10.014,7	
./. kurzfr. Verbindlichkeiten und Rückstellungen ³⁾	<u>2.378,8</u>		<u>2.078,0</u>		<u>2.260,6</u>	
Liquidität 2. Grades	<u>3.146,0</u>	<u>232,3</u>	<u>4.426,0</u>	<u>313,0</u>	<u>7.754,1</u>	<u>443,0</u>
Finanzmittelfonds ⁴⁾	4.150,5		4.858,7		8.410,9	
+ kurzfr. Forderungen ⁵⁾	1.374,3		1.645,3		1.603,8	
+ Vorräte ⁵⁾	<u>48,9</u>		<u>173,7</u>		<u>31,2</u>	
zusammen	5.573,7		6.677,7		10.045,9	
./. kurzfr. Verbindlichkeiten und Rückstellungen ³⁾	<u>2.378,8</u>		<u>2.078,0</u>		<u>2.260,6</u>	
Liquidität 3. Grades	<u>3.194,9</u>	<u>234,3</u>	<u>4.599,7</u>	<u>321,4</u>	<u>7.785,3</u>	<u>444,4</u>

1) langfristig = Restlaufzeit über 5 Jahre

2) mittelfristig = Restlaufzeit 1 - 5 Jahre

3) kurzfristig = Restlaufzeit bis 1 Jahr

4) liquide Mittel und Wertpapiere des Umlaufvermögens,
sofern sie eine Restlaufzeit von höchstens drei Monaten haben

5) vor Abzug versteuerter Wertberichtigungen

Ertragslage

	2022		2021		2020	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	6.336,5	99,8	4.416,4	99,8	12.734,0	102,4
Bestandsveränderungen	<u>10,2</u>	<u>0,2</u>	<u>7,5</u>	<u>0,2</u>	<u>-295,1</u>	<u>-2,4</u>
Gesamtleistung	6.346,7	100,0	4.423,9	100,0	12.438,9	100,0
Materialeinsatz	<u>-1.263,8</u>	<u>19,9</u>	<u>-951,2</u>	<u>21,5</u>	<u>-790,0</u>	<u>6,4</u>
Rohhertrag	5.082,9	80,1	3.472,7	78,5	11.648,9	93,6
Sonstige ordentliche betriebliche Erträge	<u>4,8</u>	<u>0,1</u>	<u>3,1</u>	<u>0,1</u>	<u>82,5</u>	<u>0,7</u>
Ordentliche betriebliche Erträge	5.087,7	80,2	3.475,8	78,6	11.731,4	94,3
Personalaufwand	-5.484,4	86,4	-6.312,7	142,7	-7.099,7	57,1
Planmäßige Abschreibungen auf Anlagevermögen	-82,3	1,3	-81,0	1,8	-103,9	0,8
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.066,1	16,8	-1.003,2	22,7	-1.908,5	15,3
Betriebssteuern	<u>-5,6</u>	<u>0,1</u>	<u>-1,2</u>	<u>0,0</u>	<u>-0,9</u>	<u>0,0</u>
Ordentliche betriebliche Aufwendungen	-6.638,4	104,6	-7.398,1	167,2	-9.113,0	73,3
Betriebsergebnis	-1.550,7	24,4	-3.922,3	88,7	2.618,4	21,1
Zinsen und ähnliche Erträge	71,6	1,1	69,9	1,6	69,4	0,6
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>-58,6</u>	<u>0,9</u>	<u>-68,3</u>	<u>1,5</u>	<u>-75,8</u>	<u>0,6</u>
Finanzergebnis	13,0	0,2	1,6	0,0	-6,4	0,1
Ergebnis aus Forderungsbewertung	0,0	0,0	0,0	0,0	-726,0	5,8
Erträge von außergewöhnlicher Bedeutung und periodenfremde Erträge	148,8	2,3	165,9	3,8	360,8	2,9
Aufwendungen von außergewöhnlicher Bedeutung und periodenfremde Aufwendungen	<u>-16,1</u>	<u>0,3</u>	<u>-56,6</u>	<u>1,3</u>	<u>0,0</u>	<u>0,0</u>
Neutrales Ergebnis	132,7	2,1	109,3	2,5	-365,2	2,9
Ergebnis vor Ertragsteuern	-1.405,0	22,1	-3.811,4	86,2	2.246,8	18,1
Ertragsteuern	<u>-47,4</u>	<u>0,7</u>	<u>381,0</u>	<u>8,6</u>	<u>-739,1</u>	<u>5,9</u>
Jahresergebnis	-1.452,4	22,9	-3.430,4	77,5	1.507,7	12,1

Gesellschaftsvertrag

Firma	HCL Technologies gbs GmbH
Sitz:	Ratingen
Amtsgericht, Registernummer:	Düsseldorf, HRB 98410
Gründungsjahr:	2005
Gesellschaftsvertrag gültig in der Fassung vom	6. Juli 2022
letzte Änderung vom	30. März 2023
im Handelsregister eingetragen am	31. März 2023
Inhalt der Änderung:	Rückänderung § 8 Geschäftsjahr
Geschäftsjahr:	Kalenderjahr
Unternehmensgegenstand:	<p>Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftervertrags die Entwicklung, die Herstellung und der Vertrieb von Erzeugnissen und der Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Informationstechnologie.</p> <p>Gegenstand des Unternehmens ist auch die Personalüberlassung im Rahmen der oben genannten Gebiete.</p>
Gesellschafteranteile:	<p>Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt gemäß § 3 des Gesellschaftsvertrages 100.000,00 EUR.</p> <p>Gesellschafterin ist die HCL Technologies Germany GmbH (51 %) und die Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG (49 %).</p>

Organe

Gesellschafterversammlungen

- außerordentliche

Datum: 29. Juni 2022
besondere Beschlüsse: Neufassung Gesellschaftsvertrag mit Änderung von Firma und Sitz sowie abweichendem Geschäftsjahr 1. April.-31. März, Gründung Beirat (kein Überwachungsorgan), Geschäftsordnung für Beirat und Geschäftsführung mit Katalog zustimmungspflichtiger Geschäfte

- ordentliche

Datum: 17. Oktober 2022
Beschlüsse:
Feststellung des Jahresabschlusses: erfolgte für das Geschäftsjahr 2021
Gewinnverwendung: Vortrag auf neue Rechnung:
- 3.430.445,36 EUR.
- Vortrag Jahresfehlbetrag auf neue Rechnung.
Entlastung des Geschäftsführung: erfolgte für das Geschäftsjahr 2021
weitere wesentliche Beschlüsse:
- Wahl des Abschlussprüfers
- Bestellung von Herrn Bejoy George zum Geschäftsführer

- außerordentliche

Datum: 20. Oktober 2022
besondere Beschlüsse: Erweiterung Beirat (kein Überwachungsorgan) sowie Bestätigung Geschäftsordnung für Beirat und Geschäftsführung mit Katalog zustimmungspflichtiger Geschäfte

- außerordentliche

Datum: 15. März 2023
besondere Beschlüsse: Bestellung von Herrn Burkhard Kintscher zum Geschäftsführer

- außerordentliche

Datum: 30. März 2023
besondere Beschlüsse: Rückänderung Geschäftsjahr auf das Kalenderjahr

- außerordentliche

Datum: 3. Mai 2023
besondere Beschlüsse: Abberufung von Herrn Nils Köhler als Geschäftsführer

- außerordentliche

- | | |
|-----------------------|---|
| Datum: | 19. Juni 2023 |
| besondere Beschlüsse: | <ul style="list-style-type: none">- Geschäftsführung erstellt Business Plan mit Maßnahmen zur Erreichung der Ertragswende,- Verzicht auf Aufstellung Lagebericht |

Geschäftsführer

Burkhard Kintscher
George, Bejoy
Köhler, Nils
Backes, Rainer Erich

Beirat (seit 19.10.2022)

Sudip Lahiri (Vorsitzender)
Raghu Raman Lakashmanan
Prasad RA
Johannes Kermer
Andreas Teischl

Am 6. April 2022 ist Herr Rainer Erich Backes als Geschäftsführer ausgeschieden.
Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 6. April 2022.

Am 17. Oktober 2022 wurde Herr Bejoy George als Geschäftsführer der Gesellschaft bestellt. Er ist einzelvertretungsberechtigt. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 23. November 2022.

Am 5. Juni 2023 ist Herr Nils Köhler als Geschäftsführer ausgeschieden.
Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 6. Juni 2023.

Am 15. März 2023 wurde Herr Burkhard Kintscher als Geschäftsführer der Gesellschaft bestellt. Er ist einzelvertretungsberechtigt. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 6. Juni 2023.

Geschäftsordnung für die Geschäftsführung erlassen am	20. Oktober 2023
--	------------------

Geschäftsordnung für den Beirat erlassen am	20. Oktober 2023
--	------------------

Wesentliche Verträge

Die Gesellschaft hat mit der Atruvia AG einen Rahmenvertrag über die interne Zusammenarbeit geschlossen. Der Vertrag regelt den Austausch von Lieferungen und Leistungen der beiden Unternehmen für die eigenen Zwecke im internen Verhältnis, wie Buchführung, Jahresabschlusserstellung und IT-Dienstleistungen. In diesem Zusammenhang ist auch die Personalabrechnung auf eine Tochtergesellschaft der Atruvia ausgelagert. Der Vertrag hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2022.

Mit Vertrag vom 3. Februar 2012 vereinbarte die gbs mit der apoBank die rückwirkende Übertragung von Versorgungsverpflichtungen sowie noch nicht unverfallbarer Anwartschaften zum 1. Oktober 2011 (Übertragungsstichtag). Auf Basis des Gutachtens zur Wertermittlung vom 28. Dezember 2011 ergab sich eine einmaliger Übertragungswert zum Übertragungsstichtag in Höhe von 841 TEUR. Die apoBank verpflichtete sich, den Übertragungswert unbefristet mit 5,16 % zu verzinsen. Soweit die apoBank aus den Versorgungszusagen von Dritten wirksam in Anspruch genommen wird, ist der Übertragungswert für die Person inklusive der Zinsen an die apoBank rückzuvergüten.

Mit der AEPF III S.à.r.l. mit Sitz in der Avenue Charles de Gaulle 2 in Luxemburg wurde ein Mietvertrag über Büroflächen mit einer Fläche von 1.161 m² und 40 Stellplätzen in der Kaiserwerther Straße 115 in Ratingen geschlossen. Das Mietverhältnis beginnt am 1. Juni 2020 und ist für eine Festmietzeit von mindestens fünf Jahren geschlossen, wobei unterschiedliche Verlängerungsoptionen vereinbart sind.

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

DokID:

Alle Rechte vorbehalten. Ohne Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, die Vordrucke ganz oder teilweise nachzudrucken bzw. auf fotomechanischem oder elektronischem Wege zu vervielfältigen und/oder zu verbreiten.
© IDW Verlag GmbH · Tersteegenstraße 14 · 40474 Düsseldorf

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unrechtmäßiger Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.